

# Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfälligen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 60 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtsige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 269.

Freitag, den 15. November 1918.

25. Jahrg.

## Die Reichsregierung und die Arbeiter- und Soldatenräte.

Von Friedrich Stampfer.

Wie ein Schneemann in der Frühlingssonne ist der alte monarchisch-militärische Polizeistaat Preußen-Deutschland zusammengerutscht. Damit war für die ganze Sozialdemokratie, wie sie vor dem Kriege bestand, die Notwendigkeit gegeben, die politische Macht in ihre Hände zu nehmen. Die Freude über die vollzogene Einigung — nicht der Organisation, aber doch der Aktion — darf uns die Schatten nicht übersehen lassen, die über den Weg hängen.

Die Sozialdemokraten beider Richtungen hatten soeben erst eine Aenderung der deutschen Reichsverfassung angenommen, die bestimmt, daß keine Regierung, die nicht vom Vertrauen des Volkes getragen ist, im Amte bleiben darf, und daß die Militärgewalt der demokratisch organisierten Zivilgewalt zu unterstellen ist. Diese Bestimmungen richteten sich gegen das gesessene System des Monarchismus. Es erhebt sich aber die Frage, ob sie nicht nach allen Seiten hin Allgemeingültigkeit zu beanspruchen haben. Die Sozialdemokratie bejaht diese Frage, sie muß sie bejahen auf Grund des Erfurter Programms, das in beiden Richtungen gemeinsam ist.

Die Mitglieder der neuen Regierung nennen sich Volksbeauftragte. Das ist ein viel stolzer Titel als der eines Staatssekretärs mit der Anrede Excellenz. Aber sie müssen sich diesen Titel erst verdienen. Denn ein irgendwie geregelter Auftrag vom Volke besitzen sie noch nicht.

Was ist das Volk? Das Volk ist die Gesamtheit aller erwachsenen Staatsangehörigen männlichen und weiblichen Geschlechts. Auf welchem Wege kann das Volk geeignete Aufträge erteilen? Nur durch ordentlichen Mehrheitsbeschluß auf dem Wege allgemeiner Wahlen oder Abstimmungen, die gegen jede Fälschung, gegen jede ungesährliche Beeinflussung sichergestellt sein müssen. Nur vom ganzen Volke kann die neue Regierung Aufträge entgegennehmen.

Da sie solcher Aufträge noch entbehrt, muß sie nach meiner Überzeugung ihr Amt als ein vorläufiges auffassen, das nach der Leistung durch das Volk bedarf. Dessen endgültiger Entscheidung darf sie nur insoweit vorzuziehen, als keine eigene unmittelbare Lebensnotwendigkeit dazu zwingt. Bei jeder ihrer Handlungen muß sie sich fragen, ob sie in der Lage ist, für sie vor dem ganzen Volke die Verantwortung zu übernehmen, so daß sie am Tage der Rechenschaft und der Entlastung mit gutem Gewissen bestehen kann.

Daraus folgt: sie darf nicht an Aufträge gebunden sein, die nicht ganz offenbar Aufträge des gesamten Volkes sind. Und sie muß die Uebergangszeit nach Möglichkeit abkürzen, sie muß so bald wie nur irgend möglich eine allgemeine Volksvertretung, eine konstituierende Nationalversammlung, wählen lassen, in deren Hände sie ihre Macht zurücklegt, um sie nur auf deren Wunsch wieder an sich zu nehmen.

Für die Einberufung einer solchen Versammlung hat sich denn auch die neue Reichsleitung in ihrem soeben veröffentlichten Programm mit dankenswerter Klarheit ausgesprochen. Auch ganz Süddeutschland — Oesterreich, Bayern, Baden, Württemberg, Hessen — hat sich für die konstituierende Versammlung erklärt.

Dieser Auffassung steht eine andere gegenüber, die in ihrer schärfsten Form wohl folgendermaßen zusammengefaßt werden darf:

Die Volksbeauftragten sollen nicht Beauftragte des ganzen Volkes, sondern nur der Arbeiter und der Soldaten sein, deren Organ die Arbeiter- und Soldatenräte sind. Diese bilden die eigentliche Gewalt, und ihren Befehlen hat sich alles, auch die Volksbeauftragten, die neue Reichsleitung, unbedingt zu fügen.

Der auf solche Weise geschaffene Zustand soll kein vorübergehender, sondern ein dauernder sein. Er bedeutet die „Diktatur des Proletariats“, die Verwirklichung des Sozialismus in rücksichtslosem Gewaltkampf gegen alle Hindernisse, die aus Klasseninteressen oder aber auch aus Meinungsverschiedenheiten unter den Sozialisten selbst entstehen.

Das also ist ungefähr der Gegensatz: Die Demokratie durch die konstituierende Nationalversammlung, die Diktatur durch die Arbeiter- und Soldatenräte. Gemeinsames Ziel: Verwirklichung des Sozialismus, aber für die einen durch den allgemeinen Volkswillen bedachtlich organisierend, für die anderen durch den Herrenwillen ihrer Partei, übers Knie brechend, ohne Rücksicht auf die Leiden, die aus etwa feststehenden Maßnahmen gerade auch den Arbeitern entstehen können und in Rußland auch entstanden sind.

Die Entscheidung über diese Fragen und damit über die ganze Zukunft unseres Volkes liegt bei den Arbeitern und Soldaten selbst, die sich in der Revolution aktiv betätigt haben. Ihr Sieg wird in desto hellerem Glanze erstrahlen, je klarer ausgesprochen wird, daß er ein Sieg nicht der Gewalt, sondern des allgemeinen demokratischen Volkswillens ist, daß ihn die Arbeiter und Soldaten für das ganze Volk errungen haben.

Mögen also die Arbeiter und Soldaten sich der ungeheuren Verantwortung bewußt sein, die sie jetzt tragen und dafür sorgen, daß die so herrlich begonnene Bewegung nicht mit Verwirrung und unsagbarem Elend endet. Ich glaube, es muß ihnen so deutlich wie möglich gesagt werden, daß die sozialdemokratische Partei, die Ebert, Scheidemann und Landsberg in die Regierung entsendet hat, sich auf keinen Fall auf einen Weg mit fortreißen lassen wird, an dessen Ende sie nicht die Ordnung des Sozialismus, sondern das russische Chaos sieht.

Die Regierung der sozialistischen Einigung kann nur im Amte bleiben, wenn sie von den Arbeitern und Soldaten als die eigentliche zuständige Zentralgewalt anerkannt und unterstützt wird. Sie kann alle ihre Maßnahmen nur darauf prüfen, ob sie geeignet sind, die gegenwärtigen schweren Leiden der arbeitenden Bevölkerung zu lindern. Sie muß vor allem vermeidbaren Verhandlungen geschäftet werden, damit sie handeln kann; und sie muß selber wissen, daß das Volk von ihr nicht nur Worte, sondern entschlossene Taten erwartet. Sie muß schließlich jederzeit bereit sein, vor die Vertretung des gesamten Volkes hinzutreten, um Rechenschaft abzulegen, und sie darf den Zeitraum bis zu dieser Rechenschaftslegung nicht willkürlich verlängern, sie muß ihn vielmehr nach Möglichkeit abzukürzen suchen.

Alles hängt jetzt davon ab, daß jeder neue Bruderkrieg unter den Arbeitern und Soldaten vermieden wird, daß kein wirres Durcheinanderreden und Gegeneinanderhandeln, kein allgemeines Tohuwabohu entsteht. Glaubt nicht, daß es ein Wundermittel gibt, das dem Volke im Augenblick zu Glück und Wohlfahrt verhilft. Unser Volk gleicht jetzt einem Verwundeten, der erst wieder auf zwei Stöcken gehen lernen muß, bevor er wieder springen und tanzen kann.

Wir müssen vor allem Frieden schließen — das kann nur die neue Regierung tun. Sie muß dafür arbeiten, daß wir einen gerechten, dauernden Frieden des Völkerbundes erhalten, einen Frieden, unter dem wir leben, atmen und arbeiten können. Sie muß für die Volksernährung sorgen, eine entsetzlich schwierige Aufgabe, wie jeder weiß, der die Waffenstillstandsbedingungen kennt. Sie muß die Soldaten zu ihrer Familie und zu lohnender Erwerbsarbeit zurückführen, dazu ist eine ausgeprägte, in aller Ruhe arbeitende Organisation notwendig, oder es gibt eine allgemeine Katastrophe.

Diese Regierung ist noch nicht die vom ganzen Volke beauftragte Regierung, aber wir müssen alles tun, damit sie es später wird. Vorläufig ist sie nur unsere Regierung, die Regierung der Arbeiter und Soldaten, die Regierung der Sozialisten, die sich in der Stunde der Not zu gemeinsamem Handeln zusammengefunden haben. Von ihrer Lebensfähigkeit, ihren Erfolgen hängt alles für uns ab. Sie und wir müssen mit gutem Gewissen dem Tag entgegengehen — er kommt gewiß — an dem das ganze Volk in seiner konstituierenden Nationalversammlung Rechenschaft fordern wird.

## An die feindlichen Völker

wendet sich folgender Aufruf des Berliner Volksauschusses der Berliner Soldaten- und Arbeiterräte:

Vier Jahre lang schied der Weltkrieg die Völker in zwei feindliche Lager. Millionen von Menschenleben sind vernichtet, Kulturgüter ohne Zahl fielen der Zerstörung anheim. In allen Völkern lebt die brennende Sehnsucht nach Frieden. In Deutschland waren es die Militärs und die herrschenden Gewalten, die vom Frieden nichts wissen wollten. In letzter Stunde raffte sich das Volk auf und warf das Joch von sich.

Die anderen Völker haben von einem freizeitlichen Deutschland nichts mehr zu befürchten. Wie die Gewaltpolitik im Innern, so soll auch die Gewaltpolitik nach außen für immer dahin sein. Niemals wieder soll der deutsche Militarismus sein Haupt erheben. Ein friedliches Zusammenleben der Völker, ein allen erprobter Wirtschaftsverkehr, ein auf dauerndem Frieden und wirklicher Freiheit aufgebauter Völkerverbund ist das Ziel der deutschen Soldaten und Arbeiter. Die Wiederherstellung des aus tausend Wunden blutenden Deutschlands, die Neuordnung seines Wirtschafts- und Staatslebens, die Erlösung des Volkes von Hunger, Entbehrung und anderen Nöten kann aber nicht geschehen, wenn ihm von den Regierungen der Entente unerträglich harte Waffenstillstands- und Friedensbedingungen auferlegt werden. Wir appellieren daher an das Gerechtigkeits- und Solidaritätsgefühl der uns bisher feindlichen Völker und reichen ihnen über die Schützengräben hinweg die Bruderhand. Wir bitten sie, bei ihren Regierungen selbst zu wirken, daß das deutsche Volk nicht völlig zum Hungertode und politischer Verurteilung werde. Wir bitten die Völker, mit ihrer ganzen Kraft dafür einzutreten, daß der Friede, der nun kommt, ein Frieden brüderlicher Verständigung ohne jede Groberungen und Erdrückungen werde, ein Friede, der jedem Volke das Recht der Selbstbestimmung und der freizeitlichen Entwicklung läßt. Ihr Arbeiter Frankreichs, Englands, Italiens usw. habt oft versprochen, daß ein solcher Friede Euer Ziel sei. Laßt jetzt Euer Versprechen zur Tat werden, tretet dafür ein, daß die

Waffenstillstandsbedingungen, die Deutschland dem wirtschaftlichen Ruin und dem völligen Hungertode preisgeben, gemildert werden, tretet dafür ein, daß ein Frieden zustande kommt, der den Aufbau einer neuen, glücklicheren und friedlicheren Welt ermöglicht, ein Friede, der künftiges Völkermorden unmöglich macht.

Als Vertreter des Volksgutes der A- und S.-Räte erheben wir unsere Stimmen und bitten Euch, dafür einzutreten, daß das deutsche Volk durch Eure Regierungen nicht zu einem Sklavendasein verurteilt wird. Wir haben uns unsere Freiheit im Innern erkämpft und wollen in Zukunft im Rate der Völker als gleichberechtigte Mitglieder sitzen. Es lebe der Friede! Es lebe die Freiheit! Es lebe der internationale, revolutionäre Sozialismus!

## Die Entente will Deutschland helfen.

Reuter meldet aus Washington: Der schweizerische Gesandte in Washington übermittelte dem Staatssekretär Lansing folgendes Telegramm des deutschen Reichskanzlers: Die deutsche Regierung bittet den Präsidenten der Vereinigten Staaten, dem deutschen Reichskanzler dröhnlos mitzuteilen, ob er damit rechnen darf, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bereit ist, ohne Zeitverlust Lebensmittel nach Deutschland zu schicken, falls die öffentliche Ordnung in Deutschland aufrechterhalten und eine gerechte Verteilung der Lebensmittel verbürgt sei.

Hierauf hat der Staatssekretär geantwortet:

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie die folgende Antwort der deutschen Regierung zukommen lassen wollten: In einer gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Kongresses hat der Präsident der Vereinigten Staaten am 11. November mitgeteilt, daß die Vertreter der assoziierten Regierungen in der Sitzung des Obersten Rates in Versailles durch einstimmigen Beschluß den Völkern der Mittelmächte die Versicherung gegeben haben, daß unter den gegenwärtigen Umständen alles, was nur möglich ist, getan werden wird, um diese Völker mit Lebensmitteln zu versorgen und die ungeheure Not, die an vielen Stellen Menschenleben bedroht, zu lindern, und daß sofort Schritte unternommen werden, um diese Hilfsversuche in der gleichen systematischen Weise zu organisieren, wie dies in dem Falle von Belgien geschehen ist.

Weiter hat der Präsident seine Meinung geäußert, daß es durch die Benutzung der stillliegenden Tonnage der Mittelmächte gegenwärtig möglich sein muß, die lebende Bevölkerung von der Angst vor dem übergroßen Elend zu befreien, so daß sie ihre Vernunft und Laskraft zur Verfürgung hat für die großen und heiklen Aufgaben des politischen Wiederaufbaues, denen sie jetzt überall gegenübersteht. Deshalb hat der Präsident mich beauftragt, zu erklären, daß er bereit sei, die Ausrichtung von Lebensmitteln im künftigen Sinne zu erwägen, und die Angelegenheit sofort den assoziierten Regierungen anheimzustellen unter der Bedingung, daß nachweislich in Deutschland die öffentliche Ordnung besteht und fortbestehen wird und daß eine gerechte Verteilung der Lebensmittel nachweislich garantiert werden wird. Robert Lansing.

## Eine Bitte Deutsch-Oesterreichs um Unterabnahme durch die deutsche Republik.

Die Wiener soziale Korrespondenz meldet: Staatssekretär Bauer richtete an den Volksbeauftragten Haase in Berlin folgendes Telegramm:

Indem ich Sie zur Übernahme Ihres neuen Amtes in so geschäftlicher Stunde herzlich beglückwünsche, teile ich Ihnen mit, daß die provisorische Nationalversammlung von Deutsch-Oesterreich einstimmig beschlossen hat, Deutsch-Oesterreich für eine demokratische Republik zu erklären, die ein Bestandteil der großen deutschen Republik ist und bleiben soll. Durch diesen Beschluß seiner provisorischen Vertretung hat Deutsch-Oesterreich seinen Willen kund getan, sich mit anderen deutschen Stämmen, von denen es vor 62 Jahren gewalttätig getrennt wurde, wieder zu vereinigen. Wir bitten Sie und die deutsche Regierung, diese Bestrebungen des deutschen Volkes in Oesterreich zu unterstützen und in direkte Verhandlungen mit uns über die Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit der deutschen Republik und über die Teilnahme an der Regierung und Verwaltung des deutschen Reiches einzutreten. Wir bitten Sie, uns Gelegenheit zu geben, uns mit Ihnen über alle Fragen der Friedensverhandlungen in einvernehmlichen Aufsehen und diese Verhandlungen in enger Freundschaft miteinander zu führen. Wir bitten Sie schließlich, auch unsere schweren augenblicklichen Not Ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Da sich die neuen slavischen Nationalstaaten, die aus dem Zusammenbruch Oesterreichs hervorgegangen sind, gegen uns vollstündig abspinnen, leiden wir bitterste Not an Kohlen und Lebensmitteln. Das deutsche Volk in Oesterreich, insbesondere die deutschen Arbeiterklasse, sind überzeugt, daß die neue Regierung der deutschen Republik uns in diesen Stunden der Not beistehen wird.

Was wir brauchen, ist an zuständiger Stelle bekannt. Wir bitten Sie, Ihren Einfluß dafür einzusetzen, daß wir unsere hebräische Not durch Kohlen- und Lebensmittel rasch und schnell bekommen. Ich hoffe, daß die alten freundschaftlichen und herzlichsten Beziehungen, die uns verbinden, es uns ermöglichen werden, enge und dauernde Verbindungen zwischen Deutschland und Deutsch-Oesterreich herzustellen. Otto Bauer.



# Nachwehen des Krieges.

## Wahrscheinliche Besetzung von Wilhelmshaven und anderer Stützpunkte durch feindliche Streitkräfte.

Der Führer-Ausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates in Hamburg teilt mit: Nach den Waffenstillstandsbedingungen ist es wahrscheinlich, daß feindliche Streitkräfte Wilhelmshaven und auch andere Stützpunkte zur Bewahrung unserer Streitkräfte besetzen werden. In allen Orten, wo dieser Fall eintritt, wird die Bevölkerung gebeten, in voller Ruhe dieser Tatsache entgegenzusehen. In einer Besorgnis, sei es um Hab und Gut, sei es um das eigene Leben, liegt keine Veranlassung vor. Flucht würde sie nur herbeiführen und außerdem die glatte Umwidlung der Demobilisierung gefährden, was unter allen Umständen und im Interesse der heimkehrenden Krieger verhindert werden muß. Wir richten daher nochmals die dringende Bitte an alle, Ruhe und Beigebensheit zu wahren, Widersehlichkeiten zu vermeiden und Herausforderungen jeder Art zu unterlassen.

### Wilson nimmt an der Friedenskonferenz teil.

Der Washingtoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ erzählt, daß Wilson endgültig beschlossen hat, zur Friedenskonferenz zu kommen und daß er vor Mitte Dezember in London erwartet wird.

### Die Mütter in Konstantinopel.

Die Flotte der Verbündeten ist am 12. November in die Dardanellen eingefahren und gestern vor Konstantinopel angekommen.

# Die neue Zeit.

## Keine rote Garde in Berlin.

In der bereits gemeldeten, vom Volksgesundheitsrat des Arbeiter- und Soldatenrates einberufenen Soldatenversammlung in Berlin erklärte der Matrose Ströbel, daß die Marine sich entschieden für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung einsehe. Es müsse vor allen Dingen jeder Terror unterdrückt werden. v. Beerfelde habe die Revolution in das Jahrwasser der radikalen Richtung leiten wollen und sei deshalb von seinem Posten enthoben worden. Der Volksgesundheitsrat des Arbeiter- und Soldatenrates beschloß, die Bildung einer roten Garde vorläufig einzustellen, da die Truppen sich bereit erklärten, jederzeit zur Verteidigung der revolutionären Erzeugnisse und zur Festigung der sozialistischen Republik ihr Leben einzusetzen.

Für das ausgeschiedene Mitglied des Volksgesundheitsrates des Arbeiter- und Soldatenrates v. Beerfelde ist das Mitglied des ehemaligen Aktionsausschusses der Groß-Berliner Truppen, Geleit Friedrich Trippel, in den Volksgesundheitsrat eingetreten.

Ein Aufruf der Offiziere und Beamten des Waffen- und Munitionsbeschaffungsamtes Berlin fordert die Offiziere und Beamten auf, sich rüchellos der neuen Regierung zur Verfügung zu stellen.

### Die A- und S-Räte als Kontrollinstanz.

Die preussische Regierung hat allen Ober- und Regierungspräsidenten folgenden Erlaß zugehen lassen:

Aus den Kreisen der Verwaltungspräsidenten ergingen Anfragen hierher, in welchen Formen sich die Zusammenarbeit mit den A- und S-Räten sowie etwa entstehenden Bauernräten am zweckmäßigsten vollziehen soll. Auf diese Anfrage ist zu erwidern, daß die Vertreter des A- und S-Rates bzw. Bauernrates als Kontrollinstanz den einzelnen Verwaltungsbehörden, insbesondere also den Oberpräsidenten, den Regierungen und den Landratsämtern zur Seite zu treten haben und bei allen wichtigeren Verhandlungen zuzuziehen sind. Die Form dieser Zuziehung wird sich vom Standpunkte gegenseitiger loyaler Unterstützung im einzelnen leicht finden lassen, wenn dabei das Ziel unbedingter Herrschaft jeder Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Auge behalten wird.

### Die Postzensur.

WB. Berlin, 14. November. Der Arbeiter- und Soldatenrat macht bekannt: In einzelnen Tageszeitungen wurde gestern die Nachricht verbreitet, daß die Postzensur unter der neuen Regierung nicht fortbesteht und Briefe von nun an geschloffen nach dem Ausland befördert werden können. Die Nachricht entspricht nicht den Tatsachen. Die Postzensur muß selbstverständlich auch unter der neuen Regierung fortbestehen, aber unter ganz anderen Gesichtspunkten. Zum Beispiel muß vermieden werden, daß, solange keine definitiven Gesetze heraus sind, größere Vermögenswerte durch kapitalistische Elemente in das Ausland abgeschoben werden, und den reaktionären Einflüssen vom Ausland her muß von vornherein die Spitze abgebrochen werden. Eine definitive Regelung erfolgt in Kürze durch den Volksgesundheitsrat des A- u. S-Rates und von Seiten des stellvertretenden Generalkommandos unter Aufsicht des Volksgesundheitsrates.

### Die Arbeiter- und Soldatenräte und die Demobilisierung.

Dem Rat der Volksbeauftragten ist bekannt geworden, daß durch die Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrates in Köln eine ungeheure Katastrophe und Chaos vermieden worden sind, die durch die planlos zurückstehenden Truppenente und aus Furcht vor Internierung stehenden im militärisch-lagernden Aler stehenden Zivilpersonen zu entstehen drohten. Zum Aufheben dieser Lage wurde im Cheppengebiet ein Kodex erlassen, der die zurückstehenden Soldaten aufnimmt, sie ihren Truppenente zuführt und für die Einmündung der Waffen sorgt. Ein zweiter Kodex wird an allen Rhein-Übergängen gebildet. Des Verfalls des Arbeiter- und Soldatenrates in Köln in dieser Angelegenheit ist für sämtliche Arbeiter- und Soldatenräte notwendig. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben dieser Körper, daß sie den von ihren Truppenente getrennten Soldaten möglichst rasch zur Rückkehr in die Truppe oder in die Ersatzformation und damit zur Regelung ihrer Verpflegung- und Ernährungsverhältnisse verhelfen. Die große Aufgabe der Demobilisierung kann nur dann ohne schwere Erschütterungen der öffentlichen Ordnung gelöst werden, wenn die Arbeiter- und Soldatenräte den Demobilisierungsbehörden freiwillige Hilfe leisten.

### Nach ein Thronverzicht!

Wie der Abgeordnete des Gemeindefrühlingstages mitgeteilt wurde, entzagte Herzog Karl Eduard von Sachsen-Koburg-Gotha gestern dem Thron.

### Abgelehnt.

Der A- u. S-Rat erhielt folgendes Telegramm vom A- u. S-Rat in Babelsberg: Der Fürst lehnte es ab, freiwillig zurückzutreten. Er wurde deshalb für abgelehnt erklärt. Somit ist alles ruhig.

# Politische Rundschau.

## Deutschland.

### Die Besetzung der Reichsämter.

Berlin, 14. November. (Amtlich.) Nach dem Beschluß des Rates der Volksbeauftragten sind die Reichsämter wie folgt besetzt: Auswärtiges Amt: Dr. Solf. Reichsfinanzamt: Schiffer. Reichswirtschaftsamt: Dr. August Müller. Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisation: Dr. Koeth. Kriegsernährungsamt: Emanuel Wurm. Reichsarbeitsamt: Bauer. Kriegsministerium: Scheuch. Reichsmarineamt: von Mann. Reichsjustizamt: Dr. Frensi. Reichspostamt: Rüblin. Ferner gehören den Reichsämtern als Unterstaatssekretäre an: Auswärtiges Amt: Dr. David. Kriegsernährungsamt: Robert Schmidt. Reichsarbeitsamt: Giesberts. Als Beigeordnete werden den Staatssekretären zur Seite gegeben: Auswärtiges Amt: Karl Kautski. Reichsfinanzamt: Eduard Bernstein. Reichswirtschaftsamt: Dr. Erdmann-Röhl. Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisation: Bachmann und Schmamm. Reichsarbeitsamt: Saackel. Kriegsministerium: Öhre und Däumig. Reichsamt: Noske und Voigt. Reichsjustizamt: Dr. Oskar Cohn. Staatssekretär Erzberger wird gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt die Friedensverhandlungen einleiten. Wegen der Besetzung des Reichsamtes des Innern schweben noch Verhandlungen.

Die Pressemitteilung über die Ressortverteilung in der Reichsleitung hat zu Irrkernern Anlaß gegeben. Die Einteilung in bestimmte Ressorts bedeutet nur eine Verteilung des Arbeitsstoffes innerhalb der Reichsregierung, im besonderen zur Erledigung der Eingänge. Sie bedeutet aber keinen Erfolg oder die Aufhebung der bisherigen Staatssekretariate. Die bisherigen Staatssekretariate behalten vielmehr nach dem Willen der Reichsleitung ausdrücklich und uneingeschränkt ihre Arbeitsgebiete und erledigen die ihnen gelassenen Aufgaben nach einer generellen Anweisung der Reichsregierung.

### Charterung deutscher Schiffe zu Lebensmittelntransporten.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge verlautet, daß die Allierten alle deutschen Schiffe auf bestimmte Zeit zu Chartern beabsichtigen, um mit ihrer Hilfe die Lebensmittelversorgung der ganzen Welt in die Hand zu nehmen. Die Kriegsernährungsamt werde sich um den Betrag dieser Schiffe weiter verringern.

### Uebergänge eines polnischen A- und S-Rates.

Im Kreise Wilkowo (Provinz Posen) hat sich ein polnischer A- u. S-Rat gebildet, der die deutschen Behörden abgesetzt und polnische Beamte an ihre Stelle gesetzt hat. Die deutsche Staatshoheit wird von ihnen nicht mehr anerkannt. Der Landrat des Kreises ist interniert worden.

### Rundgebung der volkswirtschaftlichen und technischen Organisations.

In dieser ersten Zeit unseres Vaterlandes wenden sich die unterzeichneten Verbände der volkswirtschaftlichen und technischen Organisations mit der Aufforderung an ihre Berufsmittelglieder, jeder an seinem Platze dafür einzutreten und mitzuarbeiten, daß das Wirtschaftsleben des deutschen Volkes unter allen Umständen anrecht erhalten bleibt, da sonst über die gesamte Bevölkerung unabhäbares Elend hereinbrechen würde.

Die sozialistische Regierung scheint fachberufliche Praktiker als Mitarbeiter zur Neuorientierung der Verwaltung heranzuziehen zu wollen, nach dem Worte des Reichsfinanzers Ebert auch: „diejenigen, denen es zunächst vielleicht schwer werden wird, mit den Männern der neuen Regierung zu arbeiten.“ Tut die Regierung das, tut sie nach Persönlichkeiten mit unentbehrlichen Fachkenntnissen und Berufserfahrungen, so sollte sich niemand einem solchen Rufe entziehen. Dann mit ganzer Kraft auf den Boden der Tatsachen treten und auch unter neuen Verhältnissen sein Bestes leisten, ist Pflicht jedes einzelnen gegenüber der Gesamtheit unseres Volkes.

Es gibt nur eine Lösung: vorwärts!  
Berlin-Wilmersdorf, den 12. November 1918.  
Deutscher Volkswirtschaftlicher Verband E. V.  
Sekretariat Dr. v. Altröf (1. Vorsitzender).  
Eitermann, Dr. Borgius, Busemann, Dr. Dinglinger,  
Dr. Gersner, Hager, Dr. Hübenner, Dr. Kirchner,  
Dr. Neubronner, Dr. Schneider, Sundermann,  
D. Krueger (Geschäftsführer).  
Verband Deutscher Diplomingenieure E. V.  
Ges. Regierungsrat Prof. Dr. Ing. Reichel (1. Vorsitzender),  
Dipl.-Ing. Grimm, Dipl.-Ing. Schwede, Dipl.-Ing. Dr. Jiskoff,  
Dipl.-Ing. Dr. Lang (Geschäftsführer).  
Diese Rundgebung wurde der neuen Reichsregierung übermittelt. Der Deutsche Volkswirtschaftliche Verband und der Verband Deutscher Diplomingenieure begründeten gleichzeitig eine Arbeitsgemeinschaft.

### Feudale Soldatenräte.

Wie der Berliner „Sozialzeiger“ berichtet, ergriffen im Potsdamer Arbeiter- und Soldatenrat im Laufe einer öffentlichen Versammlung Rittmeister v. Alvensleben und Rittmeister Graf v. Pleß das Wort, um zu erklären, daß sie sich der unaufhaltsamen Bewegung der Arbeiter- und Soldatenräte angeschlossen hätten und sich zu aufrichtiger Teilnahme an den Arbeiten des Rates verpflichteten.

Wenn schon die feudalen Rittmeister aus den hochadeligen Potsdamer Garderegimenten es geraten finden, sich mit den Arbeiterräten auf einen möglichst guten Fuß zu stellen, dann darf man wohl daran vertrauen, daß die Reaktion jede Hoffnung ausgegeben hat, in Deutschland wieder zur Macht zu kommen. Diese Einsicht würde sie ehren; sie wird zwar spät flug, aber besser spät als nie.

### Gefahr für das linksrheinische Deutschland?

Die Waffenstillstandsbedingungen lassen deutlich erkennen, daß die Entente der Auffassung ist, daß Elsass-Lothringen zu Frankreich gehören sollte. Die Bewegung weiteren deutschen Gebietes erschien bisher nur als eine Bedingung des Waffenstillstandes, die für den endgültigen Friedensschluß keine Bedeutung zu haben brauchte. Wie wir jedoch zuverlässig aus der Schweiz hören, besteht in französischen Chaux-de-Fonds der Plan, das linksrheinische Preußen möglichst lange besetzt zu halten, bis alle Entschädigungen und Wiedergutmachungen voll bezahlt seien. In dieser Zeit soll unter der rheinischen Bevölkerung eine großartige Propaganda gemacht werden, um sie zum Anschluß an Frankreich zu bewegen und schließlich in irgendeiner Form eine Entschädigung in diesem Sinne erwirkt werden, die es ermöglicht, diesen Anschluß als freien Willen der linksrheinischen Bevölkerung anzusehen.

Gegen solche Handlungen muß sich Deutschland heutzutage zur Wehr setzen. Ganz Deutschland muß sich mit den Bewohnern der linksrheinischen Rheinprovinz in dem eigenen Schicksal einig sein.

Jetzt, dieses Spiel zu durchkreuzen. Die unbedingte Forderung aller Deutschen zur deutschen Volksrepublik, welche die nationale Einheit auch für Deutschland verwirklichen soll, muß alle feindlichen Anschläge zuhinde machen.

### Für die Zusammenlegung aller thüringischen Staaten.

Der von der Sozialdemokratie Thüringens schon lange geführte Gedanke eines Großthüringens hat durch die politischen Ereignisse eine neue Kraft gewonnen. Am 16. November wird in Weimar eine große Versammlung stattfinden mit der Tagesordnung: Die Zusammenlegung aller thüringischen Staaten. Alle sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Thüringens werden an dieser Tagung teilnehmen, und im Anschluß daran wird am 17. November eine Konferenz der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Thüringens abgehalten, die sich mit der näheren Ausführung dieser Zusammenlegung befassen wird.

Nach Meinungen ist nunmehr Republik geworden. Das neue Ministerium setzt sich aus drei Sozialdemokraten (Czard, Hofmann und Knauer), zwei Liberalen und zwei Beamten zusammen. Unsere Fraktion handelt in Übereinstimmung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat. Dem Prinzen Ernst wurde nochmals nahegelegt, auf Thron und Thronfolge zu verzichten. Für jeden Fall rief eine große Volksversammlung am Dienstag abend Sachsen-Meinungen als Republik aus.

### Dänemark.

Eine Syndikalistendemonstration in Kopenhagen. Der „Sozialzeiger“ berichtet aus Kopenhagen: Der angekündigte Generalstreik als Protest gegen die Gefangenschaft dreier Führer der Unabhängigen ist nachmittags fand eine Massenversammlung statt, an der gegen 10 000 Personen, zum größten Teil Neugierige, teilnahmen. Die Redner forderten zur Revolution auf. Nach der Versammlung wurden Schaufenster eingeschlagen und Läden gestürmt. Die Polizei ging mit der Waffe vor. Es kam zu blutigen Zusammenstößen. Die Demonstranten sprangen den Straßenbahnverkehr und bewarnten die Polizei mit Steinen. Es gab zahlreiche Verletzte. Schließlich wurde die Menge auseinandergetrieben, jedoch kam es in verschiedenen Stadtteilen noch zu weiteren Unruhen. Vor dem Redaktionsgebäude des „Sozialdemokraten“ protestierten Demonstranten lärmend gegen die Haltung des Blattes. Die Unruhen dauerten bis in die späte Nacht. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Das Parlament verhärtete die Staats-Polizei von 72 auf 272 Mann.

### Holland.

Die revolutionäre Bewegung. Nach einer Meldung der Niederländischen Telegraphenagentur aus dem Haag erklärte der erste Minister in der Zweiten Kammer in einer Ansprache auf die Rede Troelstra, daß die Regierung auf geschlichem Wege weiterarbeiten möchte. Wenn eine der Parteien einen ungeheueren Weg einschlagen würde, würde sie finden, daß die Regierung sich ihr in den Weg stellen würde. Die Regierung regiere auf den Wunsch der Mehrheit des holländischen Volkes und sie werde sich davon nicht abbringen lassen, auch nicht durch Gewalt. (Beifall.) Die Regierung war nicht die erste, die sich auf die Macht berufen habe. Wenn Troelstra erklärte, daß er nötigenfalls die Regierung mit Gewalt stürzen werde, dann erklärte die Regierung, daß sie bereit sei, diesen Versuch abzuwarten. Die Regierung wiederholte ihren Wunsch, daß sie nur dann die Geschäfte fortführen werde, wenn sie sich auf das Vertrauen des ganzen Volkes stützen könne. Es wäre ihr deshalb angenehm, wenn der Antrag des Abgeordneten Mangart auf Einführung des allgemeinen Wahlrechtes für Frauen in der Kammer so rasch wie möglich verhandelt würde, damit das Volk in seiner Gesamtheit sich darüber aussprechen könnte, wie es regiert zu werden möchte.

In den Straßen Amsterdam herrscht ein ziemlich aufgeregtes Treiben. Vor dem königlichen Palast und auf dem Gang vor der Börse sammelten sich im Laufe des Nachmittags große Menschenmengen an. Vor dem Palast hielt ein revolutionärer Redner eine Ansprache an das Volk, in der er die Menge aufforderte, eine Republik auszurufen zu helfen. Die militärische Macht vor dem Palast ist durch die Polizei verhärtet worden. In Amsterdam und Haag waren weitgehende militärische Vorbereitungen getroffen. In Amsterdam sprach in der für heute angekündigten Volksversammlung Troelstra.

Dem Haager Korrespondenzbureau wird „nach maßgebender Stelle“ geschrieben: Jetzt, wo die revolutionären Parteien viel leicht kein Mittel unversucht lassen werden, um ihre Wünsche durchzusetzen, muß man auf alle Möglichkeiten gefaßt sein. Der Streik auch auf den Eisenbahnen scheint nicht ausgeschlossen zu sein. Dies wäre aber höchst unerwünscht, denn dann müßten in wenigen Tagen die großen Städte, in denen sich gerade am meisten Anhänger der revolutionären Ideen befinden, von der Lebensmittelzufuhr abgeschnitten sein.

Amsterdam, 14. November. Gestern abend wurden bei einer revolutionären Kundgebung drei Personen getötet und neun Personen verwundet.

Aus Rotterdam wird gemeldet, daß die sozialistische Arbeiterpartei, wenn die Forderungen, die der Kongress am Samstag und Sonntag gestellt hat, nicht sofort von der Regierung bewilligt werden, am Montag den Generalstreik beschließen wird.

# Aus Elbed und den Nachbargebieten.

## Freitag, 15. November.

Weiterer Strafverfall. Der Senat hat nach Benehmen mit dem Soldaten- und dem Arbeiterrat beschlossen. 1. alle zur Zuständigkeit der libedischen Gerichte gehörigen Untersuchungen wegen solcher Straftaten niederzuschlagen, die mit keiner schwereren Strafe bedroht sind als mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe, allein oder neben Haft oder in Verbindung miteinander oder mit Nebenstrafen; 2. alle von libedischen Gerichten oder Verwaltungsbehörden erkannten Strafen zu erlassen, sofern die Strafe höchstens in Gefängnis bis zu drei Monaten, Festungshaft bis zu drei Monaten, Geldstrafe bis zu 3000 Mark oder in Verweis, allein oder in Verbindung miteinander oder mit Nebenstrafen, besteht; ausgenommen hiervon sind Verurteilungen wegen Betrug und wegen gewerbsmäßigen Schleichhandels. In Fällen von Verurteilungen zu höherer Freiheitsstrafe, bis zur Dauer eines Jahres, wird auf Antrag über einen Erlaß oder eine Herabsetzung der Strafe besonders entschieden werden. Die Justizkommission wird mit der Ausführung dieses Erlasses beauftragt.

Der Bürgerausschuß genehmigte resp. befürwortete gestern folgende Anträge des Senates: Bestätigung von Kriegsteilnehmern, Kriegsteuerzuschlägen für die Angehörigen der öffentlichen Behörden und Verhütung, Altersunterstützung von 300 Mk. jährlich für die Witwe des Chausseewärters Ehlers, Erweiterungsbau für die Bezirksschule in Rüditz (65 000 Mk.), Nachbesserung an die Oberförsterei, Landwerb in Westlo, Herabsetzung von 50-Pfennig-Schöman, Instandsetzung des Schlichthor-Eisenbahnzweiges, Mittel für ergänzende Familienunterstützung (405 000 Mk.), Verstärkung der Mittel für das Staatsärztliche Amt, Bewilligung von 97 200 Mk. an den Ausschluß für Kriegshilfe. Die von der Bürgerschaft dem Bürgerausschuß zur näheren Erwägung überwiesenen Anträge von Löwit: 1. den Senat zu ersuchen, daß rasch bald eine Regelung der Frage, wie den Schwererkrankten die Verwertung der ihnen verbliebenen Arbeitskraft garantiert werden kann, eventuell durch Schaffung des Staatsschwammes, erfolgt, und daß bis zur reibungslosen



Regelung eine Verfügung erlassen werde, die den Schwerebeschäftigten im Lübecker Staat die Verwertung der ihnen verbliebenen Arbeitsfähigkeit während der kommenden Übergangszeit garantiert; 2. den Senat zu ersuchen, die Betriebsbehörde der Straßenbahn anzuweisen, denselben Arbeitsbeschäftigten, die infolge ihres militärischen Gefährdungen erlitten haben, ermäßigte Fahrpreise für Fahrten auf der Straßenbahn zu gewähren, wurden dem Senat überwiesen.

**Die Lübecker Kartoffelerzeuger**

werden auf den am Donnerstag erschienenen Nachtrag zu der Bekanntmachung des Ausschusses für Kriegshilfe vom 14. September 1918 betreffend die Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln besonders hingewiesen. Zur Sicherung der Wintererzeugung der Lübecker Bevölkerung ist es dringend erforderlich, daß die Landbevölkerung alle Speisekartoffeln, deren Mindestgröße auf 1 Zoll (2,7 Zentimeter) herabgesetzt ist, unbedingt noch im Laufe der nächsten Wochen, spätestens bis zum 15. u. v. m. abliefern, entweder unmittelbar an die Verbraucher gegen Einziehung der Kartoffelsteuer oder an die Städtische Kartoffelstelle. Wer an der zeitzeitigen Aufnahme der Kartoffeln durch Mangel an Arbeitskräften behindert ist, kann diese durch die Vermittlung des Sozialrates (Offizierskassen, Hülfenrat) erhalten. Der Verkauf von Kartoffeln ohne Einziehung von Kartoffelsteuer ist strafbar. Wenn die städtische Bevölkerung nicht leben kann, muß der Schleierhandel unbedingt unterbleiben, da alle hier geernteten Kartoffeln dem hiesigen Kommunalverband zugerechnet werden, und der marktfreie Verkauf die der Gesamtheit zuzurechnenden Kartoffelmengen in unzulässiger Weise vermindert. Mit Rücksicht auf den Ernst der Lage ergeht an die Landbevölkerung die dringende Aufforderung, ihre Kartoffeln, soweit sie nicht für ihren eigenen Wirtschaftsbedarf erforderlich sind, an die Verbraucher oder an die Städtische Kartoffelstelle abzugeben. Die von den Verbrauchern eingehenden Kartoffelkarten sind alsbald, spätestens bis zum 22. Dezember ds. Js., an die Städtische Kartoffelstelle abzugeben.

**Das Stellvertretende Generalkommando.** Vom Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat wird mitgeteilt: Mit dem heutigen Tage nimmt das Stellvertretende Generalkommando des 9. Armee-korps seine frühere Tätigkeit unter Aufsicht des Arbeiter- und Soldatenrates wieder auf.

**Die Kriegsanstalts-Allona** erläßt eine Bekanntmachung im Angelegenheit, welche die Kohlenversorgung betrifft. Wir weisen darauf besonders hin.

**Ausschuh der Kaufleute und Angestellten.** Auf Grund einer Anregung, welche der hiesigen Handelskammer von der die wichtigsten Angestellten- und Privatbeamtenvereinigungen umfassenden Interessengemeinschaft der Privatangestellten Lübeck entgegengebracht worden war, ist von der Handelskammer am Mittwoch, dem 13. d. M. eine gemutmaßte Aussprache zwischen Vertretern der hiesigen kaufmännischen und industriellen Privatverbände mit Vertretern jener Interessengemeinschaft über Fragen des Angestelltenverhältnisses herbeigeführt worden. Bei dieser Gelegenheit ist vor allem die Frage der Regelung von Zeugnisausgaben, der Gewährung einer einmaligen Anschaffungsbeihilfe, der Schaffung von Betriebsausstufen der Angestellten und der Wiedereinstellung von Kriegsteilnehmern Gegenstand eingehender Besprechungen gewesen. Die Beratungen ergaben erfreulicherweise in erheblichem Umfang ein grundsätzliches Einverständnis gegenüber berechtigten Ansprüchen der Privatangestellten. Zur weiteren Klärung dieser Fragen wurde auf Vorschlag der Handelskammer mit Unterstützung aller in der Beratung vertretenen Brundal- und Angestelltenvereine ein aus je 5 Brundal- und 5 Angestellten gebildeter paritätisch zusammengesetzter Ausschuh der Kaufleute und Angestellten eingesetzt, welcher bis zur Schaffung von amtlichen Angestelltenkammern durch das Reich bemüht sein wird, die zurzeit besonders brennenden Fragen des Angestelltenverhältnisses einer allseitig befriedigenden Lösung entgegenzuführen.

**Sänglingsfürsorge, Kinderhospital.** Am Mittwoch, 20. ds. Mts., fällt die Beratungsstunde aus.

**Hamburg.** Merkmals ein roter Mittwoch in Hamburg. Als Mittwoch früh der Hamburger Bürger in sein Geschäft ging, mußte er beim Ueberstreifen des Rathsauses sich erst mal die schlaftrunkenen Augen reiben. Was das die Möglichkeit? Hing da nicht über dem Hauptportal des Rathsauses ein breites rotes Banner, das sich lustig im Morgenwind bewegte. Draußen aber, zu beiden Seiten des Einganges standen auf lauberen Tischen zwei wunderbar ausgerüstete Maschinenbewehre, gerade als ob ein Tischlein deck dich-Mädchen sie dort aus dem Steinplaster hervorgezaubert hätte. Wofür mit aufgeschlagenem Seitengewehr, die seit den ersten Morgenstunden den Platz beherrschten, gaben sich im Laufe des Vormittags zurück. Dafür erschienen nun Soldaten auf dem Turmballon, um auch dort oben in luftiger Höhe die rote Fahne zu hissen. Damit war auch äußerlich und symbolisch kundgetan, was schon die Plakatfäden und Morgenzeitungen als neueste Nachricht vom Hamburger Revolutionsausbruch gemeldet hatten: daß von jetzt ab Senat und Bürgerchaft abgesetzt sind und die hiesige Gewalt in die Hände des Arbeiter- und Soldatenrates übergegangen ist. Hier sei nur kurz das "H. C.", der Chronikpflicht genügt und betont, daß auch diese "Ämwalzung" in größter Ruhe und Ordnung vor sich ging. Es lag kein Tropfen Blut dabei. Es gab nur erstaunte Gesichter. Schade, daß "Ostel Rudi" (Dr. Monstberg) den Tag nicht mehr erlebt hat... Dreimal hat nun Hamburg einen "roten Mittwoch" gehabt. Das erste Mal vor zwölf Jahren, im Januar 1906, als der Hamburger Arbeiter den Wahlrecht gepauert und ihr Protest dagegen mit Polizeibällen und Knütteln niedergeschlagen wurde. Das zweite Mal vor acht Tagen, als der preußisch-deutsche Militarismus in Hamburgs Straßen mit seinen eigenen Waffen rasch und gewaltsam bestiegen wurde. Das dritte Mal jetzt, wo ein unblutiger, in nächstlicher Stille durchgeführter "Staatsstreich" das ganze Hamburger Staatswesen in die Gewalt der Arbeiter und Soldaten brachte, denen von nun an der frühere Senat kein geistiger Herrscher mehr, sondern nur noch ein müßiger Helfer sein wird. Und die Bürgerchaft, die gewählte wie die ungewählte, ist zufrieden. Denn schließlich geht es um alles seinen Gang weiter. Auch unter der roten Fahne. — In Kriegsgefangenen-Verjämmlungen, an denen etwa 1000 Delegationen teilnahmen, fanden hier statt. Es wurde folgende Entschlüsse gefaßt: "Etwa 300 Delegationen französischer und belgischer Kriegsgefangener Hamburgs und Umgebung, versammelt am 12. November in Barmbeck, fordern ihre brüderlichen Grüße dem deutschen Volke, das seine Ketten gesprengt hat. Sie reichen den Soldaten der neuen sozialistischen Republik die Hand, und wollen, daß Licht und Moral, Gerechtigkeit und Glückseligkeit auf dieser Welt Latsche werden. Das französische und belgische Volk will nicht ruhen, bis der Sozialismus auch in Frankreich und Belgien gefestigt hat. Die französischen und belgischen Kriegsgefangenen bringen dem deutschen Volke ihre heiligen Wünsche dar und stimmen begeistert ein in den Ruf: Es lebe Frankreich, Belgien, die soziale deutsche Republik und der internationale Sozialismus!" Die gleiche Entschlüsse nahmen die Italiener, Engländer und Russen in besonderen Versammlungen an. — Aufhebung des Tanzverbotes. Das bis jetzt bestehende Tanzverbot ist mit dem heutigen Tage vom Arbeiter- und Soldatenrat aufgehoben worden.

**Hamburg.** Hamburg besteht weiter als Staat. Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. November 1918 erklärt der Arbeiter- und Soldatenrat: Hamburg besteht als Staat und Träger von vermögensrechtlichen Pflichten und Rechten fort, bis im Reiche über die weitere Gestaltung der Verhältnisse entschieden sein wird. Die Finanzdeputation in Hamburg bleibt nach Weggabe der bestehenden Geseze zur Vertretung des Staates nach außen, insbesondere auch allein dazu berechtigt, mit rechtsverbindlicher Kraft für den Staat Verpflichtungen einzugehen und Kosten auszugeben. — Die Soldaten für die

**Reichsregierung.** Die Delegierten der gestern im "Kaiserschhof"-Allona verammelten Einheiten von Hamburg und Umgebung geben folgenden einstimmig gefaßten Beschlus ab: Sie stellen sich vollständig hinter die neue Reichsregierung und sind bereit sich in jeder Weise zu unterstützen. Alle S. A. d. B. Bestrebungen, die dazu dienen sollen, das Vertrauen in die neue Regierung zu erschüttern, lehnen sie ab. Schädl. Richter, Geping, Jacobson, Clausen.

**Hamburg.** Die Bekämpfung der Revolutionsopfer. Unter ungeheurer Teilnahme der Bevölkerung sind auf dem Ohlsdorfer Friedhofe die im Kampfe für die Freiheit Gefallenen beerdigt worden. Das "Echo" berichtet darüber: Im Halbrund im Verwaltungsgebäude aufgeführt, mit Blumen und Kränzen überreich geschmückt, standen die Särge der Gefallenen. Es sind: Genosse Friedrich Peter; Hamburg; Landsturmann Johannes Schröder, Freudenburg; Matrose Mathias Gerber; Wolgast; Matrose Stefan Kubicki; Torpedoboijer Bauermann; Gesetter Walter Frischmuth; Musikier Hans Göse; Jäger Peter Durka und zwei Unbekannte. Das niederländische Danigebot von der Militärkapelle spielte, leitete die ebenso ergreifende wie stehende Trauerfeier in. Dann sang der Arbeiter-Sängerbund mit tiefem Empfinden das schlichte aber schöne Lied "Ein Sohn des Volkes". Darauf Genosse Dr. Herz den Angehörigen Trost zusprach, indem er ihren Schmerz würdigte und betonte, daß die Toten mit ihrem Leben der Freiheit zum Siege verholfen, die hoffentlich der ganzen Menschheit für immerbar Frieden und ein Glück bringe, nach dem sich ein jedes Menschenherz sehne. Im Namen des Arbeiterrates sprach dann Genosse Dr. Lauffenberg und dankte den Toten, bis mit ihrem Opfermuth geholfen, die wahrhaftige Militärherrschaft und Kapitalistenherrschaft zu stürzen, die über vier Jahre lang Brand und Mord über die Welt verbreitet. Auch er begrüßte freudig den Aufgang einer neuen Zeit und betonte, wie notwendig es sei, mit allen Kräften auf der Wacht zu stehen, um das Errungene festzuhalten und weiter auszubauen. Genosse Uhlig widmete im Namen der proletarischen Jugend, die auch einen der Ihren, Friedrich Peter, unter den Opfern der Revolution hat, den Toten einige Worte herrlichen Gedankens. Dann schloß sich der Zug unter den Klängen des Chopin'schen Trauermarsches in Bewegung. Der Militärkapelle folgten die Delegationen der Arbeit und Gewerkschaften mit ihren Fahnen und Kränzen und dann folgten, getragen von je acht Feldjägern, beziehungsweise Marinern, die Särge und hinter ihnen die nächsten Angehörigen der Verstorbenen. Eine ungeheure Menschenmenge bildete zu beiden Seiten des Weges bis nach dem Grabe Spalter. Unter ihnen unendlich viele Soldaten und unzählige Abordnungen aus allen Betrieben mit reichen Kränzen, den Helmen der Revolution gewidmet. Ein riesiger Kranz der Vulkanwerft fiel besonders auf, doch auch die Werk von Blohm u. Noh war mit mehreren Delegationen vertreten, gleichfalls die Reiterflieg-Schiffswerk und andere Werften, sowie viele, viele Betriebe. In großer Zahl hatten auch die militärischen Verbände ihren gefallenen Kameraden Kränze gesendet, auch Abordnungen von Kriegsgefangenen. Daß die beiden Arbeiterzeitungen Hamburgs, das "Hamburger Echo" und "Die Rote Fahne" nicht fehlen, braucht wohl kaum betont zu werden. Es möge hier der Kränzspruch des "Echo" Platz finden, der nach Freitragheit lautet:

So schlaft denn wohl im süßen Grund  
Schlaft er ohne Sorgen!  
Wir können auch den bleichen Mund,  
die starke Hand nicht pressen!  
Doch können wir und wollen wir  
auch unser ganzes Leben  
dem Ziele weihen, dem mutig ihr  
das eure hingegeben.

**Hamburg.** Ein Riesenhafter. In der Versammlung der unabhängigen Sozialdemokraten Hamburgs am Dienstag kam wie wir der "Rote Fahne" entnehmen, folgendes zur Sprache: Es müßten Maßnahmen getroffen werden, um alle vorhandenen Lebensmittel zu erfassen und zur allgemeinen Verteilung zu bringen. Um dieses durchzuführen, ist es nötig, daß die Keller und Vorratskammern der Begüterten einmal revidiert werden. Ein kleines Beispiel nur, was sich bei manchen Leuten befindet: Im ersten Tage der Revolution mußten für die Soldaten Lebensmittel beschafft werden. Da nichts anderes zur Verfügung stand, wurde vom Arbeiter- und Soldatenrat die Durchsuchung einer Villa angeordnet. Man fand 14 Kog Butter, 26 Schinken, 500 Pfund Wurst, große Mengen Mehl und Mühlenfabrikate usw. Es ist bereits vom Arbeiter- und Soldatenrat eine Anordnung getroffen worden, die die Beschlagnahme solcher Nahrungsmittel vorsieht. Auch auf dem Lande müssen eventuell durch militärische Aktionen alle Nahrungsmittel erfasst werden zur Sicherstellung der Volksernährung. Wir bedauern, daß der Name dieses Hamlet's nicht genannt ist. Er verdient, vor der ganzen Öffentlichkeit gebührend zu werden. — Der achtstündige Arbeitstag. Der Arbeiter- und Soldatenrat verfügte ab Donnerstag die Einführung des achtstündigen Arbeitstages. — Verhafteter Mörder. Der 17jährige Schüler Wallis, der die Frau Schwarz am Steinsamm am 23. Oktober ermordet und beraubt hat, ist in Mürhen verhaftet worden. Er hat ein umfassendes Geständnis der Tat abgelegt.

**Allona.** Eingemeindung von Allona und Umgebung in Hamburg. Die sozialdemokratische Stadterverordnetenversammlung hat den städtischen Kollegien folgenden Antrag unterbreitet: Die städtischen Kollegien wollen beschließen: Eine Kommission von 5 Personen zu beauftragen, mit dem Arbeiter- und Soldatenrat die Frage der Eingemeindung von Allona und Umgebung in Hamburg zu prüfen und baldmöglichst Bericht zu erstatten.

**Hamburg.** Ein tödlicher Unfall ereignete sich in dem Kesselhaus der Metall- und Eisenwerke von Niemege. Der dort beschäftigte Heizer Rudolf Barbußt wollte den Wasserstand nachsehen, als plötzlich das Wasserrohr des Dampfessels platzte. Es erfolgte eine Explosion. Die Tur des Kessels sprang auf, und Barbußt wurde von dem infolge des Aufsprüdens herausfliegenden glühenden Kohlen überhäutet. Er erlitt so schwere Brandwunden, daß er kurz nach Einlieferung in das Krankenhaus starb.

**Essenförde.** Wie sie durchhielten. Etwa 1000 Eier wurden vom Arbeiter- und Soldatenrat in der Offiziersmesse des "Meteor" beschlaggenommen und an das Krankenhaus, das Lazarett und an Hauskrank zum Preise von 10 Pf. das Stück verteilt.

**Schwerin.** Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin verjährt. Gemäß Beschlus des Ministeriums verjährt der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin für sich und sein Haus auf den großherzoglichen Thron. — Vorarbeiten zur mecklenburgischen Nationalversammlung. Das Staatsministerium hat, wie die "Mecklenburgische Zeitung" erzählt, mit den ersten Vorbereitungen der Ausarbeitung eines Wahlgesetzes für den verfassunggebenden Landtag bereits begonnen. Der Ausgangspunkt für die Beteiligung an der Wahl zu dieser einmaligen vorkonstituierenden Landesversammlung ist das allgemeine, geheime und unmittelbare Wahlrecht für Männer und Frauen über 21 Jahre. Die Wahlkreisverteilung wird sich vorläufig an den bisherigen sechs Reichstagswahlkreise Mecklenburgs anschließen.

**Bremen.** Politische Wandlung Bremens. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat Donnerstag im Romenkaale der Stadt folgende Bekanntmachung einstimmig beschloffen: Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Ausübung der politischen Gewalt im Bremer Staatsgebiete übernommen. Senat und Bürgerchaft bestehen nicht mehr. Das bemähtige Staatsgebiet bildet künftig einen Bestandteil der deutschen Volksrepublik. Ueber die weitere Gestaltung der Verhältnisse entscheiden die später zu schaffenden gesetzgebenden Körperschaften. Für Recht und Ordnung wird Gewähr geleistet. Jeder gehe seinen Beruf nach. Die Beamten bleiben auf ihren Posten, die Gefährten werden fortgezahlt, das Privateigentum wird geschützt. Minderere werden handreichlich

**Abgemacht.** Der Arbeiter- und Soldatenrat tagt von heute ab im Rathaus in Barmbeck. Weitere Bekanntmachungen folgen. Bremen, den 14. November 1918.

**Der Arbeiter- und Soldatenrat.** A. Hente. Wilhelm. Bremen. Unglücksfälle infolge Ueberfüllung der Züge. Die Kaiser-Züge laufen zur Zeit mit großer Verspätung hier ein. Passagiere erzählen, daß in Köln auf dem Bahnhof und in den Straßen verhältnismäßig Ordnung herrscht. Die Züge sind in grauhaftester Weise überfüllt. Von der Front zurückkehrende Mannschaften sitzen oben auf den Dächern oder haben sich Bretter zwischen die Puffer gelegt, auf denen sie die Reize zu bewerkstelligen suchen. Daß hierdurch Unglücksfälle unvermeidlich sind, liegt auf der Hand. So sind nach Aussage von Reisenden auf dem gestern morgen hier mit drei Stunden Verspätung eingetroffenen D-Züge vier Mann unterwegs beim Durchfahren von Tunnels gestorben. Auf dem heute morgen gleichfalls mit etwa drei Stunden Verspätung hier eintreffenden D-Zuge befand sich oben auf dem Dache die Leiche eines auf dieselbe Art verunglückten Mannes. Es ist weiter damit zu rechnen, daß die Züge große Verspätungen erleben.

**Stade.** Eine Liebestraube war Gegenstand einer Gerichtsverhandlung vor dem hiesigen Schwurgericht. Der 33-jährige Rentier Daniel Koete in Harburg lebte seit Jahren mit seiner Haushälterin, der 60jährigen Witwe Marie Paeglow in wilder Ehe. Das Verhältnis genügte ihm aber in den Kriegsjahren nicht mehr. Er brachte sein Geld oft mit Kriegesfrauen durch. Die Folge waren heftige Auseinandersetzungen zwischen ihm und der Paeglow. Er konnte es jedoch nicht über sich gewinnen, daß die Paeglow von ihm fort wollte, und bei einem neuerlichen Austritt am 8. August d. J. gab Koete auf seine Haushälterin drei Schüsse ab, die tödlich wirkten. Er selbst brachte sich dann noch einen Schuß in den Kopf bei, ohne sich jedoch schwer zu verletzen. Darauf versuchte er, sich mit Gas zu vergiften, aber auch ohne Erfolg. Er wurde ins Krankenhaus geschafft und war bald wieder hergestellt. Der Spruch der Geschworenen lautete auf Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, worauf das Gericht unter Annahme mildernder Umstände auf sechs Monate Gefängnis erkannte.

# Neueste Nachrichten.

**Auflösung des preussischen Abgeordnetenhanes.**  
WTB. Berlin, 15. Nov. In Uebereinstimmung mit einem Beschlus des Volksausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates beschlossen wir was folgt: Das Haus der Abgeordneten wird hierdurch aufgelöst. Das Herrenhaus wird beseitigt.  
Berlin, 15. Nov. 1918.  
Die provisorische Regierung: Fischer, Ströbel, Braun, Ernst, Ab. Hoffmann, Dr. Rosenfeld.

**Die konstituierende Versammlung.**  
Berlin, 15. November. Reichskanzler Ebert hatte gestern eine Besprechung mit einem Vertreter der "Voss. Zig.", in der er u. a. folgendes mitteilte: Wir sind fest entschlossen, die Konstituante so schnell wie irgend möglich einzuberufen. Ebert Verdacht, den einige bürgerliche Kreise gegen diese unsere Absicht hegen, ist völlig unbegründet. Wir haben bereits die ersten Vorbereitungen getroffen und denken bestimmt im Januar zu den Wahlen zu gelangen. Der Gedanke, diese Wahlen vor der Rückkehr der Truppen abzuhalten, ist darum unzulässig, weil diese heute mehr an ihren Front- und Stappentstellen festhaken oder andererseits schon in ihre Heimat zurückgekehrt sind.

Im Gespräch über die Not Wilsons sagte der Reichskanzler: Wir haben heute Besprechungen mit führenden Faktoren gepflogen dahingehend, daß Schiffe, Kohlen und alles Nötige sofort bereitgestellt werden, um die von Amerika bewilligten Nahrungsmittel so rasch wie möglich ins Land zu bringen.

**Ein Mahnruf der Waffenstillstandskommission.**  
Wilhelmshaven, 15. November. Folgendes Schreiben der deutschen Waffenstillstandskommission an den Reichskanzler Ebert wird zur sofortigen Uebermittlung an alle U-Boot-Befehlshaber und beteiligten Werftarbeiter mitgeteilt:  
Die unterzeichneten Mitglieder der Waffenstillstandskommission haben sich durch direkte Frage an den englischen Admiral Sir Rosselton North die vorbehaltlose Zusage und absolute Gewissheit verschafft, daß sämtliche Befehlshaber der nach dem Waffenstillstandsvertrag anzuliefernden U-Boote sofort nach ihrem Eintreffen in den von England bestimmten Häfen in die deutsche Heimat zurückbefördert werden würden. Es ist dadurch jede Gefahr für die persönliche Freiheit und Sicherheit der Befehlshaber ausgeschlossen. Erfolgt die Auslieferung nicht innerhalb der bestimmte Frist, so haben die Besatzung sich das Recht schriftlich vorbehalten, Geland und den Waffenstillstand sofort zu kündigen. Wollt Ihr durch die Verfrachtung derselben die schwere Schuld auf Euch laden, daß der Krieg neu anflutet, neues Unvergleichen entsteht und die teure Heimat von einem unerträglichen Feinde verunreinigt wird?  
Erzberger, Graf Oberndorf, General von Winterfeld, Kapitän zur See Banckow.

Es sind auch Garantien gegeben, daß die Befehlshaber der U-Boote sofort nach dem Eintreffen in England wieder zurücktransportiert werden. Um Euch den Ausschluß zu erleichtern, hat der Arbeiter- und Soldatenrat in Gemeinschaft mit dem Stabschef des Reichsmarineamts folgende beschloffen:  
Sämtliche Mannschaften derjenigen Schiffe, die nach einem feindlichen Haufen überführt werden, werden mit 10 000 M. überschüssig, welcher Betrag im Falle des Todes der Angehörigen zu zahlen ist. Im Falle eines Unfalls wird eine entsprechende Sonderrente gewährt. In Anbetracht des schweren Dienstes auf den U-Booten wird den verheirateten Kameraden dieser Boote außerdem für jede Ueberführung eine Prämie von 500 M. und den unehelichten eine solche von 300 M. Markt gezahlt. Sofort nach der Rückkehr der U-Boote werden dieselben nach ihrer Heimat entlassen.

Kehrt das angelangene Werk und stellt Euch ganz in den Dienst der Sache, indem Ihr durch Eure Bereitwilligkeit zeigt, daß Euch Wohl und Wehe des neuerehenden Vaterlandes am Herzen liegt! — Meinungen werden beim Arbeiter- und Soldatenrat der U-Abteilungen Kiel und Wilhelmshaven entgegen genommen. Unterschrift: Arbeiter- und Soldatenrat.

Verantwortlich für die Rubrik "Aus Lübeck und den Nachbargemeinden" und die mit P. L. getzeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



# Bekanntmachung.

Nach Ergänzung der Wahlen setzt sich der Soldatenrat Lübeck wie folgt zusammen. Um eine glatte Abwicklung der Geschäfte zu ermöglichen, ersuchen wir, bei Wünschen und Beschwerden die Adressen der betreffenden Abteilungen beizufügen.

## Soldatenrat Lübeck.

### Vorstand:

Vorsitzender: Zeltz. Stellvert. Vorsitzender: Rothfeldt.  
 Delegierter (Abt. Berlin): Richter.  
 1. Beirat: Högemann.  
 2. Beirat: Eberhardt.  
 3. Beirat: Weib.

### Geschäftsverteilung:

Bureau-Vorsteher (Paroleausgabe): Kramor.  
 Presse: Rothfeldt.  
 Lebensmittelabteilung: Eberhardt.  
 Verkehrswesen: a) Eisenbahn: Post; b) Schifffahrt: Ölrogge.  
 Urlaubswesen: Huber.  
 Waffen und Munition (Bekleidung): Blunk.  
 Volkstisches, Polizeiwesen: Heilmann.  
 Bsp., Sicherheitsdienst: Arndt, Zeltz.  
 Gerichtswesen: Meier.  
 Wirtschaftswesen: Weib.  
 Versorgungswesen (Entlassungen): Grünheid.  
 Demobilisierung: Högemann.  
 Hausmeister: Bettke.

### Der Soldatenrat Lübeck.

Seit: W. Rothfeldt.

## Bekanntmachung des Soldatenrats.

### Beit. Grenz- und Hafenerwachenungsdiens.

Der Grenz- und Hafenerwachenungsdiens wird von den bisher damit betrauten militärischen Organen weitergeführt. Die Geschäftszimmer der

### Hafenerwachenungsstelle

befinden sich nach wie vor im Hafenamtsgebäude, Hafenstraße 2 — Fernruf 914 — (Abteilung Kontrolle der ein- und ausgehenden Schiffe, Grenzübergangsstelle) und im Hauptollamtsgebäude, Zimmer 28 — Fernruf 9019 — (Ueberwachung der Waren-Ein- und Ausfuhr).

Alle Anfragen betr. militärische Ueberwachung des Schiffsverkehrs und der Waren-Ein- und Ausfuhr sind an die bezeichnete Dienststelle zu richten.

Die bisherigen Bestimmungen bleiben im wesentlichen maßgebend, insbesondere regelt sich die Zulassung zum Verkehr im abgeleiteten Hafengebiet nach den früher ergangenen einschlägigen Vorschriften. Die vom Hafenerwachenungsstellenleiter ausgestellten Ausweisarten bleiben in Wirksamkeit.

Die Vorschriften betr. Beförderung von Briefen und Druckschriften an und von Bord der mit dem Ausland verkehrenden Schiffe werden aufgehoben.

Die Mannschaften der Hafenerwachenungsstelle handeln in ihren Dienstleistungen im Auftrage des Soldatenrats. (5648)

### Der Soldatenrat Lübeck.

Hans Ölrogge. August Rodtjen.

## Einschränkung des Wasserverbrauchs.

Der Wasserverbrauch hat in letzter Zeit derart zugenommen, daß im Interesse der Aufrechterhaltung des ungehörten Betriebes des Wasserwerks eine Einschränkung unbedingt erforderlich wird. Zur Einvernehmung mit dem Soldaten- und Arbeitererrat werden vorgeladen die nachstehenden Bekanntmachungen des Polizeiamts und der Betriebsbehörde vom 24. April d. J. in Erinnerung gebracht.  
 Lübeck, den 15. November 1918. (5675)

### Die Betriebsbehörde.

## Verbrauch von Leitungswasser.

Zur Sicherstellung einer geregelten Versorgung mit Leitungswasser wird verordnet:

### § 1.

Für nachfolgende Zwecke darf städtisches Leitungswasser nicht entnommen werden:

1. die laufende Spülung von Wäsche,
2. die laufende Spülung von Bedürfnisanlagen,
3. die laufende Verriegelung von Fenstern,
4. das Laufenlassen von Springbrunnen,
5. die Gartenbewässerung mit Schlauch,
6. das Spülen von Straßen, Wegen und Fußsteigen.

### § 2.

Die Vergendung von Leitungswasser durch nutzloses Öffnen oder Offenlassen von Hähnen ist verboten.

### § 3.

Undichtigkeiten an den Privatleitungen und Verbrauchsanlagen, insbesondere den Klosets, sind sofort nach ihrem Auftreten zu beheben.

Diese Verpflichtung trifft den Eigentümer des Grundstücks. Hat sich ein anderer dem Eigentümer gegenüber zur Instandhaltung des Grundstücks oder des betroffenen Teils verpflichtet, so trifft die Verpflichtung diesen. Ist der Verpflichtete selbst zur Behebung der Undichtigkeiten nicht im Stande, so hat er der Verwaltung des Wasserwerks sofort Anzeige zu erlassen.

Der Inhaber (z. B. Mieter) der betroffenen Wohnung, des betroffenen Grundstücks oder des betroffenen Grundstücks hat die Undichtigkeit sofort nach ihrem Auftreten dem zur Behebung Verpflichteten (Abt. 2) mitzuteilen, falls sie nicht auf andere Weise sofort beseitigt wird.

### § 4.

Übertretungen dieser Verordnung werden unbeschadet der Maßnahmen der Betriebsverwaltung mit Geldstrafe bis zu einhundert Mark oder Haft bis zu sechs Wochen bestraft.  
 Lübeck, den 24. April 1918.

### Das Polizeiamt.

## Einschränkung des Wasserverbrauchs.

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung, Abteilung Gas und Wasser, hat im Interesse der Aufrechterhaltung des ungehörten Betriebes der Wasserwerke diesen zur Pflicht gemacht, die vollständige Verantwortung bei der Verwendung des Wassers hinsichtlich der Vermeidung nachdrücklich entgegenzutreten.

Die Vermeidung wird daher, zumal im letzten Jahre, besonders in den letzten Monaten, die Wassernachfrage erheblich gewachsen ist, eingefordert, sich beim Verbrauch von Leitungswasser der größten Sparsamkeit zu bedienen.

Jede Wasserverwendung und die Verwendung von Leitungswasser zu einzelnen bestimmten Zwecken ist nach der Verordnung des Polizeiamts vom heutigen Tage verboten und strafbar. Soweit die Wassernachfrage erlaubt bleibt, ist sie auf das Notwendigste zu beschränken.

Besonders günstiges Angebot in

# Papier- u. Schreibwaren

Leinenpackung „Damenformat“ 2,00  
 20 Bg., 20 gefütterte Umschläge

Leinenpackung „Herrenformat“ 3,00  
 20 Bg., 20 gefütterte Umschläge

Packung „Lindau“ 2,65  
 25 Bg., 25 gefütterte Umschläge

Packung „Deutsches Leinen“ 3,25  
 25 Bg., 25 gefütterte Umschläge

Briefblock „Unterwegs“ 4,50  
 40 Leinenbogen, 25 gefütterte Umschläge

Briefblock „Uebersee“ 4,00  
 50 Briefblätter, 25 Umschläge

Briefblock „Tägliche Post“ 4,50  
 100 Briefblätter, 50 Umschläge

Briefblock „Bankleinen“ 2,95  
 50 Quartblätter, blank

Briefblock „Seegeltung“ 2,70  
 100 Quartblätter

Petschaffe in hübsch. Ausführungen  
 2,50 3,95 4,50 6,00 12,00

Tannenzweige für Weihnachtspakete  
 15% 30% 35% 45%

Briefkassetten zu Geschenkzwecken  
 in allen Preislagen 2,95 3,25 3,75 4,00 5,00 12,50

Kartenbriefblock 1,00  
 Leinen 20 Stück

Sparbriefe 1,40  
 mit Einlage 25 Stück

Oktavpost 2,50  
 kariert und liniert 100 Bogen

Rechnungspapier 1,75  
 kontiniert 25 Bogen

Ueberseepapier 2,25  
 100 Bogen

Trauerpapier 3,25  
 in Leinen 100 Bogen

Trauer-Briefumschläge 4,00  
 Leinen 100 Stück

Löschkartons, weiß und rot  
 Bogen 15, 20, 25

Notizblocks, 100 Blatt 18, 25, 35, 75

Roter Siegellack, Stange 75, 1,15 1,75

Damen-Siegellack 80%  
 in allen Farben Stange 1,60

Wochen- und Monatskalender, Abreisskalender  
 in grosser Auswahl

Rudolph

# Marstadt

Lübeck

Auch der Wasserverbrauch in Gewerbebetrieben ist einzuschränken. Den hierauf bezüglichen Weisungen der Verwaltung des Wasserwerks muß entsprochen werden.

Der Verwaltung des Wasserwerks bleibt vorbehalten, im Falle übermäßiger Wasserentnahme, abgesehen von der etwa verwirkten Strafe, die Abkerrung der Wasserleitung zu verfügen. Gegenüber Gewerbebetrieben, die eigene Wasserversorgungsanlagen haben, kann die Lieferung von städtischem Leitungswasser eingestellt werden.  
 Lübeck, den 24. April 1918.

### Die Betriebsbehörde.

## Bekanntmachung der Kriegsamtsstelle Altona.

Die Kriegsamtsstelle Altona bringt zur Kenntnis, daß die Verbindungen mit dem Reichskohlenkommissar in Berlin und dem Kohleninspektor in Essen während der verflochtenen Tage keinen Augenblick unterbrochen gewesen sind. Die Kohlen-Organisation läuft in der bisherigen Weise weiter. Vorläufig stehen in der Belieferung die Eisenbahn, die Elektrizitätswerke, Gasanstalten und Wasserwerke an erster Stelle. Es wird im Interesse der Arbeitslosigkeit, soweit es unter den heutigen Verhältnissen möglich ist, alles Menschenmögliche aufgeboren, auch die Kohle für die Industrie-Betriebe, sowie für den Hausbrand sicherzustellen.

Der Kriegsamtsstelle Altona ist von dem Reichskohlenkommissar für den Bezirk des IX. U.-K. das Beschlagnahmerecht übertragen worden.

Der Arbeiter- und Soldatenrat ordnet an, daß zur Aufrechterhaltung der Ordnung alle meldepflichtigen gewerblichen Verbraucher bezüglich ihrer Kohlenversorgung sich weiter ausschließlich mit der Kriegsamtsstelle in Verbindung zu halten haben.

Gewerbliche Betriebe mit einem Monatsverbrauch von 50 t und mehr, die einen Vorrat von zwei Wochen und darüber haben, haben diesen sofort unter Vermeidung der Stilllegung ihres Betriebes der Kriegsamtsstelle zu melden.

Nachrichten- und Presse-Abteilung  
 des Arbeiter- und Soldatenrates  
 Freund. Wolff.

Der Vorstand  
 F. B.  
 Reife.

Lübeck, den 12. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat für das Fürstentum Lübeck hat folgendes beschlossen:

1. Die Geschäfte der Ernährungs- und Volkswirtschaft übernimmt Herr Bürgermeister Mahlstedt, Cutin.  
 Ihm sind seitens des Arbeiter- und Soldatenrates die Herren Kettelhohn, Hab Schwartau, R. Fid., Stadelndorf und D. Hildebrandt, Cutin, beigeordnet.  
 Ferner sind ihm zugewiesen die Aktuarie Hinrichs und Streckmann, Cutin.
2. Sämtliche Verordnungen behalten vorläufig ihre Gültigkeit und müssen genau befolgt werden.  
 Die Polizeiorgane bleiben weiter im Dienst.

Noch einmal, und hoffentlich zum letzten Male tritt die Frage des Durchhaltens an uns heran. Mit einem Schlag können die Vorratskammern nicht gefüllt werden. Manche Entbehrungen wird der Winter noch bringen; helfe jeder, sie zu mildern und zu befeitigen. Nicht was gegeben ist, darf uns beschäftigen, die Zukunft braucht unsere ganze Kraft.

### Der Arbeiterrat:

Joh. Kettelhohn,  
 D. Hildebrandt,  
 R. Fid.

### Der Soldatenrat:

Serat Peters,  
 Friedm. Jürgenjen,  
 H. Harberg.

(5671)

Landesvorstand. Cutin, den 12. November 1918

Im Sinne des § 10 der Bekanntmachung des Landesvorstandes vom 7. August 1918, betreffend Verbrauchs- und Maßvorschriften für Selbstversorger und die Verarbeitung von Früchten zu Futtermitteln tritt folgende Vorschrift:

§ 10: Die Ausstellung der Maß- und Schrotkarten erfolgt in den Stadtgemeinden durch die Stadtmagistrate, für die Ortsgemeinden Niendorf, Timmenendorferstrand und Scharbeug durch die Kurverwaltung in Timmenendorferstrand, in den übrigen Ortsgemeinden durch die Bauernvögte.

Diese Bestimmung tritt mit dem 15. Dezember d. J. in Kraft. (5672)

Mahlstedt.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.  
 R. Fid. Peters.

Landesvorstand. Cutin, den 12. November 1918

Unter Abänderung der Bestimmungen in §§ 6 und 8 der Anordnungen des Landesvorstandes über die Regelung des Brot- und Mehlverbrauchs im Fürstentum Lübeck vom 8. August 1918 wird bestimmt, daß Kinder im Alter von über 6 Monaten Brotkarten über Krankengebäck ausgestellt erhalten.

Die Ausgabe der Karten erfolgt durch die Stadtmagistrate und Gemeindeverbände, für die Ortsgemeinden Niendorf, Timmenendorferstrand und Scharbeug durch die Kurverwaltung in Timmenendorferstrand.

Diese Bestimmung tritt am 20. November d. J. in Kraft. (5673)

Mahlstedt.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.  
 R. Fid. Peters.

Landesvorstand. Cutin, den 12. November 1918.

Auf Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrates wird folgendes bestimmt:

Sämtliche Anträge für den Bezug von Zusatz-Lebensmitteln an Kranke (Vollmilch, Krankengebäck, Butter, Fleisch, Eier, Grieß usw.) werden vom 20. November d. J. an nur durch die betreffenden Gemeindebehörden, für die Ortsgemeinden Niendorf, Timmenendorferstrand und Scharbeug durch die Kurverwaltung in Timmenendorferstrand ausgestellt.

Vollmilch, Butter und Fleisch dürfen nur gegen ärztliche Zeugnisse auf vorgeschriebenem Formular bewilligt werden; im übrigen genügen die üblichen Rezepte der Ärzte.

Mahlstedt.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.  
 R. Fid. Peters.

## Bekanntmachung.

In letzter Zeit werden auf den hiesigen Postämtern immer noch chiffrierte Telegramme aufgegeben.

Telegramme jeder Art sind nur in Klartext zugelassen. Chiffrierte Telegramme werden ohne Ausnahme von der Beförderung ausgeschlossen.

Lübeck, den 14. November 1918. (5665)

### Telegramm-Prüfungsstelle.

J. A. Gmitz Bohr.



## Revolutionsziele!

In einem Artikel unter der Überschrift „Die deutsche Revolution“ werden im Montag-Morgenblatt der „Frankfurter Zeitung“ als Ziele der Revolution aufgestellt: **Einheitliche deutsche Republik, freier deutscher Volksstaat, soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit und Freiheit.**

Nachdem diese Ziele, heißt es weiter, durch Fehler des bisherigen Regimes nicht auf dem Wege der friedlichen Revolution erreicht werden konnten, ist es nun für Deutschlands ganze Zukunft die entscheidende Aufgabe, daß die jetzige Gewalt nicht bis zur Gewalttätigkeit ausartet, daß sie so schnell wie möglich auf dem Wege des Rechts zurückgeführt werde. Das erstere ist durch die Wirksamkeit des Soldatenrates fast durchweg gelungen. Das Aufkommen dieser nicht direkt politischen, am wenigsten parteipolitischen Organe, hat auch die Wiedervereinlichung der sozialistischen Arbeiterbewegung bewirkt, die nun eine neue Spaltung zu verhindern habe, die unvorne Radikalen und bolschewistischen Elemente zu dem Versuch anzureizen könnte, sich allein der ganzen Bewegung zu bemächtigen. Dies zu verhindern ist vor allem Sache der neuen Berliner Zentralregierung. Sie muß jetzt, nachdem die Regierung des Prinzen Max es versäumt hatte, einen Personenwechsel in der Verwaltung durchzuführen, die Soldaten- und Arbeiterräte als oberste Spitze zusammenfassen. Die letzte Entscheidung wird an den Räten selber liegen, die sich ihrer schweren Verantwortung bewußt sein müssen.

Es geht jetzt tatsächlich um alles; dem Siegestaumel der Gegner muß ein erträglicher Frieden abgerungen und aus dem bolschewistischen Chaos der erwachenden doppelten Gefahr vorgebeugt werden, einerseits einer feindlichen Invasion unter dem Motto „Ordnung“, andererseits einer Reaktion im Innern, die alle Errungenschaften der Freiheit wieder vernichten oder in einem furchtbaren Bürgerkrieg begraben könnte.

Denn man darf nicht wieder in den Fehler der Revolution von 1848 zurückverfallen, die den Scheitern der alten Mächte schon für den wirklichen Tod hielt, um ihren Irrtum erst zu erkennen, als er sie selber vernichtete. Der Weg von der Gewalt zum Recht führt über die konstituierende Nationalversammlung, durch die das ganze deutsche Volk sprechen muß, um endgültig eine deutsche Demokratie zu schaffen. Heute schon muß aber auch das deutsche Bürgertum seine Stimme erheben. Seine Parteioorganisationen werden heute nicht offiziell mitwirken können, aber das, was es will, kann es laut und freudig bekunden.

Der deutsche Volksstaat, nicht mehr durch 22 Dynastien getrennt, ist gemeinsames Gut der ganzen deutschen Demokratie, der bürgerlichen so gut wie der sozialistischen. Nicht die Diktatur einer Klasse, alle Klassen, alle Schichten, alle lebenden Kräfte, die vorwärts wollen, sollen die deutsche Demokratie gestalten zum Wohle unseres Volkes.

an jeder Vertretung fehlt, die den Willen des gesamten Volkes irgendwie darzustellen beanspruchen darf.

Aus diesem Zwiespalt kann die Regierung am besten herauskommen, wenn sie den Reichstag auflöst, aber gleichzeitig sofort die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung auszurufen. Diese Wahlen sind ohnehin von ungeheurer Wichtigkeit. Denn der jetzige Zustand kann nur ein Provisorium sein. Mitten in der Revolution kann natürlich keine Befragung des Volkes stattfinden, dazu muß viel zu schnell gehandelt werden. Infolgedessen wird die Regierung so ernannt, wie man glaubt, daß es dem Willen der revolutionären Massen entspricht. Aber man muß sich darüber klar sein, daß das eben nur ein Notbehelf ist, der einem geordneten demokratischen Verfahren zu weichen hat, sobald für dieses eine Möglichkeit besteht.

## Die Reichs-Arbeitslosenfürsorge.

Über die näheren Bestimmungen, die das Gesetz betreffend die Arbeitslosenfürsorge treffen wird, erfahren wir folgendes:

Zur Unterstützung von Gemeinden oder Gemeindeverbänden auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge, werden Reichsmittel bereitgestellt. Die Gemeinden sind verpflichtet, eine Fürsorge für Arbeitslose einzurichten. Der Fürsorge darf nicht der Charakter der Armenpflege beigelegt werden. Den Gemeinden oder Gemeindeverbänden wird von dem Gesamtstaat für die Arbeitslosenfürsorge vom Reich sechs Zwölftel und von den zuständigen Bundesstaaten vier Zwölftel ersetzt. Nicht leistungsfähigen Gemeinden kann eine Erhöhung der Reichsbeiträge bewilligt werden. Zuständig für die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung ist die Gemeinde des Wohnortes des Arbeitslosen. Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einen anderen Ort verzogen sind, sollen möglichst nach ihrem früheren Wohnort zurückgeführt und nach ihrer Rückkehr an den früheren Wohnort dort zu unterstützen. Dazu wird ihnen freie Eisenbahnfahrt gewährt. Die Fürsorge soll nur arbeitsfähigen und arbeitswilligen über 15 Jahre alten Personen zuteil werden, die infolge von Arbeitslosigkeit als Folge des Krieges sich in bedürftiger Lage befinden. Der Begriff der Hilfsbedürftigkeit ist näher bestimmt. Ein kleiner Besitz von Spargeldern oder einer Wohnungseinrichtung darf für die Beurteilung der Bedürftigkeit nicht in Betracht gezogen werden. Die Arbeitslosenunterstützung ist auf die Dauer von höchstens drei Monaten zu gewähren. Art und Höhe der Unterstützung, die Festsetzung einer kurzen Karenzzeit von höchstens einer Woche für die Arbeitslosen mit Ausnahme der Kriegsteilnehmer und anderer Einzelbestimmungen sind dem Ermessen der Gemeinde überlassen. Es ist jedoch für eine ausreichende Unterstützung zu sorgen, die mindestens den nach der Reichsversicherungsordnung festgesetzten und nach der Zahl der Familienmitglieder für den Ernährer als angemessen zu erachtenden Ortslohn entspricht. In Stelle von Geldunterstützung können auch Sachleistungen werden. Ausschlussgründe für den Bezug der Unterstützung sind Mißbrauch der Einrichtung, Nichtbefolgung der Kontrollvorschriften usw.

Oftens höchste Gefahr. Polnische Legionäre und wilde Barden überfluten die Grenze und bedrohen deutsches Leben und Eigentum. Auch wenn man den im Deutschen Reich wohnenden Polen das volle bürgerliche Selbstbestimmungsrecht zubilligt, so muß doch kategorisch gefordert werden, daß es nur unter internationalen Garantien ausgeübt wird, daß die Bürgerschaft gegen jede Vergewaltigung der Deutschen in diesem Gebiete geboten wird. Die bisherigen charakteristischen Ausprägungen der polnischen nationalistischen Chauvinisten im Reichstage lassen uns weniger Vertrauen zu der Achtung der Polen vor fremdem Rechte aufkommen, als Ukrainer und Litauer gezwungen sind, mit den Waffen in der Hand sich und ihr Volkstum zu schützen.

Der polnische Putz ist lebensgefährlich. Die Entziehung so großer Verkehrsmittelbestände, wie sie die Entente als Siegespreis verlangt, bedeutet schon eine Gefährdung der Demobilisierung und der deutschen Volksernährung. Erhebt sich jetzt in Polen und in der deutschen Ostmark ein polnischer Aufstand, so sind die dort umlaufenden deutschen Verkehrsmittel auf das Schwerste gefährdet. Dazu kommt, daß die jetzt bedrohten Gebiete für die Sicherung der Volksernährung unbedingt notwendig sind und daß eine auch nur vorübergehende Störung der öffentlichen Ordnung das an sich schon sehr labile System unserer Ernährungswirtschaft zum Kippen bringen kann. Einige Zahlen mögen es beweisen: Polen lieferte im Jahre 1913 — und diese Zahlen haben auch heute noch ihre relative Bedeutung — 1,4 Millionen Tonnen Roggen, ein Fünftel der ganzen preussischen Roggenproduktion, und 5,6 Millionen Tonnen Kartoffeln, ein Sechstel der gesamten preussischen Kartoffelernte. Nur ist aber nicht nur Polen allein bedroht, sondern auch Ost- und Westpreußen sowie Schlesien — alles Länder, die Ueberfließgebiete für Getreide und Kartoffeln sind und auf deren Ueberfließfähigkeit die Ernährung der deutschen Großstädte, insbesondere auch Berlin beruht. Die polnischen Barden haben aber nicht nur die landwirtschaftlich hoch bedeutsamen Gebiete Nordostdeutschlands zum Ziele, sie greifen auch nach dem reichen ober-schlesischen Industriegebiet, auf dessen Kohlenflößen sich ein sehr erheblicher Teil der ostelbischen Industrie, solange keine englischen Kohlen herinkommen, sogar die ganze ostelbische Volkswirtschaft aufbaut und das darüber hinaus auch für die Kohlenversorgung Deutsch-Oesterreichs von ausschlaggebender Bedeutung ist.

## Aus der Partei.

Die Spartakusgruppe als selbständige politische Partei. Wolffs Bureau berichtet: Die Spartakus-Gruppe, die bisher der unabhängigen sozialdemokratischen Partei angehörte, beabsichtigt, sich als selbständige politische Partei zu konstituieren. Der „Vorwärts“ erscheint von gestern ab zweimal täglich.

## Gewerkschaftsbewegung.

Kolleginnen und Kollegen!

Die gewaltige politische Umwälzung in Deutschland hat auch die Fesseln der Angestellten gesprengt. Der Weg zur freien Entwicklung eurer Kräfte, zur ungehinderten Anteilnahme an allen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften des ganzen Volkes liegt offen vor Euch. Die Notwendigkeit, im Volksinteresse die den gesamten öffentlichen Verwaltungsapparat umgestaltend in Gang zu halten, wird auch Euch eine gerechtere Würdigung eurer Arbeit sichern als bisher. Unbedingt notwendig ist aber, daß jeder mit derselben, ja mit größerer Hingebung seine Pflicht tut, getragen von dem Gedanken, dem gesamten Volke und damit auch sich selbst zu nützen.

Bei der Neuordnung der Dinge in unserem Vaterlande muß aber auch unsere Stimme gehört werden. Die Bureauangestellten aller Gruppen müssen an der Seite der übrigen Kreise des arbeitenden Volkes auch ihr Interesse wahren. Große und wichtige Aufgaben treten dabei an die Gewerkschaft der männlichen und weiblichen Bureauangestellten heran. Schließt Euch umso fester zusammen!

Verband der Bureauangestellten.  
J. A. Giebel, Verbandsvorsitzender.  
Berlin, Duxenstraße 4.

Neue Steuerungsregeln im Deutschen Malergewerbe.  
Am 9. d. Mts. versammelten sich die Vertreter der Verbände des Malergewerbes im Reichsarbeitsamt, um über die

## Reichstag und Nationalversammlung.

Eine Notiz, wonach die auf den 13. November angelegte Reichstagsungang ausfällt, lenkt unser Interesse wieder auf diese unter dem Eindruck der Revolution fast vergessene Körperschaft. Existiert der bisherige Reichstag noch? Die Frage ist schwer zu beantworten. Im allgemeinen ist eine Revolution ein Akt, durch den die bisherigen Organe der staatlichen Willensbildung außer Kraft gesetzt werden. Nun könnte man allerdings für den Reichstag eine Ausnahme befürworten, weil er auf dem gleichen Wahlrecht beruht und bisher die einzige demokratische Einrichtung im Deutschen Reich darstellte. Aber bei dem gewaltigen Umwälzung, den eine Revolution im denkenden Menschen hervorruft, hält es schwer, den lange vor der Revolution gewählten Reichstag noch als Ausdruck der jetzigen Volksmeinung anzuerkennen. Auf der anderen Seite würde eine einfache Ausschaltung des Reichstages eine fühlbare Lücke erzeugen, weil es alsdann

Der Entwurf des Gesetzes über die neue Arbeitslosenfürsorge steht in seinem § 15 die Möglichkeit vor, daß auf Antrag einer Arbeitnehmerorganisation die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung und die Kontrolle der Arbeitslosen der antragstellenden Organisation übertragen werden kann, wenn sie selbst ihren Mitgliedern eine Arbeitslosen (Arbeitslosen) - Unter- stützung gewährt und wenn sie ausreichende Garantien dafür bietet, daß die Auszahlung der Unterstützung und die Kontrolle der Arbeitslosen ordnungsgemäß erfolgt.

## Ostdeutschlands Bedeutung für das Reich.

Die drückenden Waffenstillstandsbedingungen der Entente schnürten schon das deutsche Wirtschaftsleben in schwer erträglicher Weise ein, besonders die Ablieferung eines so bedeutenden Teils unserer Verkehrsmittel und die Besetzung des ganzen linksrheinischen Kohlenreviers durch feindliche Truppen. Nun droht auch im

## Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

Fortsetzung.

Würde Sie ihm glauben? Er hatte sie in der letzten Zeit fast vernachlässigt. Oh, wie dünn das von ihm gewesene war. Und trotzdem: konnte sie es vergessen, übersehen, wie sie zueinander gestanden hatten, jahrelang, trotz dem Geruch der Leute? Mühte er ihr auch das sagen?

Ja, er würde es tun, er mußte es, und sie mußte unerschreiben, selbst wenn es nötig war, daß er ihr mit einem Stand- dal drohte!

Gott, was das nicht Erpressung, gemeinste Erpressung, — war er schon so weit?!

Der Schweiß rann ihm über die Stirne, und er wachte ihn zitternd ab.

Dieser Mannheimer, dieser Lump! Und alle die anderen Lumpen! Warum hatten sie mit einem Male zugedroppte Tassen? War es über Nacht bekannt geworden, wie es um ihn stand? Wie? Und durch wen? Prüfen es schon die Späßen von den Dächern? Und mußte es vielleicht auch schon sie?

Oh, er war zu allem bereit! Ermorden mußte er sie, wenn sie sich weigerte, Ermorden.

Bei diesem Gedanken machte er halt.

Hatte er nicht schon einmal jemanden ermorden wollen? Wie lange war das her? War es überhaupt wahr? Und hatte er wirklich einmal im Gefängnis gesessen?

Mit einem Ruck hielt der Wagen an. Reiser sah erschrocken auf.

Nichtig, da war er ja. Noch einmal erbeute er. Dann sprang er mit einem verzweifelten Ruck aus dem Wagen, lächelte verzerrt und trat in das Haus.

Er läutete, er läutete einmal, zweimal, und das Mädchen kam und sah ihn imperpertant an.

„Die gnädige Frau.“ sagte er hastig, „hören!“

Sie zuckte mit den Schultern.

Er stampfte mit den Füßen. „Ich muß sie sprechen! Unbeding- t! Es ist sehr, sehr dringend!“

Sie zuckte ein zweites Mal mit den Schultern und schüttelte keine Anzahl aus.

„Wo ist sie?“ schrie er sie an.

„Ich behauere.“ sagte sie und zog die Worte schadenfroh hin, „die gnädige Frau ist seit einer Stunde verreckt.“

„Sind Sie verrückt.“ brüllte er sie an, dann er war außer sich, „wohin verreckt?“

„Das Mädchen hat beleidigt.“ „Ich verbitte mir dessen Ton.“ sagte sie höhnisch. „Im übrigen habe ich Ihnen zu sagen, daß

die gnädige Frau Sie nicht mehr empfangen will. Alles Nähere würden Sie nach erfahren.“

„Was?“ murrte er, „sie ist wirklich verreckt?“

„Das Mädchen nicht heftig.“ „Vor einer Stunde. Auf mehrere Wochen.“

Er war schrecklich geworden und versetzte ihr einen Stoß vor die Brust, so daß sie mit einem Aufschrei zurücktaumelte und ihm den Weg freigab.

Er drang in die Zimmer ein, in das erste, zweite, bis in das letzte, ihr Schlafzimmer nicht ausgenommen, und überall schoberte er herum, sah unter die Möbel, riß die Vorhänge zurück, schleppte Sachen zu Boden, — kurz, gebardete sich wie toll.

Schließlich hielt er sich an einem Stuhl fest, da er warten wollte. Die Wohnung war vollkommen leer, niemand war da, sie hatte sie verlassen.

„Nichtig, ich er sich wieder dem entsetzten Mädchen gegen- über. Seine Stimme wurde weinerlich und flehend. „Wo ist ihr zwanzig Mark.“ „Ich bitte Sie.“ sagte er atemlos, „wo ist sie?“

„Ist es wahr?“ „Ich flehe Sie an, verschweigen Sie mir nicht die Wahrheit: ist sie wirklich verreckt?“

„Das Mädchen schwieg.“

„Da zog er erneut die Börse.“ „Sagen Sie es mir.“ flehte er, „wohin?“

„Ich bedauere.“ höhnte das Mädchen und warf ihm die zwanzig Mark vor die Füße, „die gnädige Frau hat nichts gesagt. Und ich bitte Sie, verlassen Sie jetzt die Wohnung, sonst hole ich die Polizei!“

„Das Wort traf ihn hart, mitten ins Gesicht, wie ein Faust- schlag.“

„Atemlos wandte er zu seinem Wagen. Er stieg ein. „In meine Wohnung.“ befahl er schwach.

Die Gedanken kreisten angstvoll in ihm, und je mehr Mühe er sich gab, sie zu ordnen, um so verwirrt wurden sie.

War das der Zusammenbruch?

„Ja. Und das in einem Moment, da er eine rettende, feste Blanke schon fast in seinen Händen gehalten hatte.“

Nun war es vorbei. Endgültig. Dem morgen war der Tag, an dem er ihre Unterschrift vorzulegen hatte. Morgen und sonst nie mehr. Und er hatte sie nicht. Dieses elende Weib würde sich nicht mehr bliden lassen!

Eine grenzenlose Wut stieg in ihm empor, ein Haß, für den es keine Worte gab.

„Was tat er ihr nur an? Was konnte er ihr antun? Nichts.“

Er verankert, verankert mit den Sehnen, und sie hieß oben. Und wenn sie ihn einmal auf der Straße traf, dann blinke sie ver- ächtlich zur Seite. Was blieb er noch für sie? Ein entlassener Sträfling.

Er hatte die Fäuste, er schäumte. „Na, es durfte nicht sein! Er war kein Werkzeug, das man wegwarf. Es mußte etwas geben, das er ihr antun konnte, — es mußte!“

Er kam und kam.

Wenn ich morgen früh die Unterschrift nicht bringe, ist es aus, dachte er. Morgen früh, — wenn ich sie nicht bringe. —

Wenn er sie aber doch brachte?!

Die Unterschrift!

Wenn auch nicht die ihre, eine, irgend eine, — eine Unter- schrift, die nur ihren Namen trüge?!

Wenn — — ?!

Der Gedanke hatte sich in sein Bewußtsein eingeschlichen, wie ein Dieb nachts in ein Zimmer einschleicht: kurtos, geduckt, bereit, sofort bei dem geringsten Geräusch zu entweichen.

Er wurde zornig und trieb ihn hinaus.

Fort mit dir, schrie er, fort, fort!

Doch der Gedanke kam wieder. Er war ebenso beherrschend und flink, wie er schon war, schwang sich in irgend ein Gebälk des Gehirns hinauf und grübelte ihn von dieser höheren Stelle heraus an- höhnisch und doch zugleich lösend, und sagte: Was immer ge- schehen mag, du triffst auch sie! Jemandem triffst du sie, die dich verraten hat! Und ganz fallen kann sie dich auch nicht lassen, wenn sie es erfährt, denn sie ist zu eng, zu lumpentüchtig und mit dir verbunden! Mut, du Tor! Bist du ein Schwächling? — Wo ist deine Stärke?

Eine süße Schwäche überkam ihn, so daß er sich zurücklehnen mußte, um Atem zu schöpfen.

Er zog den Atem tief ein. — oh, wie wohl das tat!

Nein, es konnte mit ihm noch nicht vorbei sein. War ihm nicht schon so viel gelungen? Er mußte sich nur diesmal zusam- mennehmen, alle Kräfte anspannen, Uebermenschliches leisten!

Ah, er fühlte wieder die alte Kraft in seinen Gliedern, sie durchströmte ihn, pochte gierig durch sein Blut, machte ihn so leicht, daß er verreckte, schweben zu können, sich in die Höhe zu heben, hoch empor, über alle Welt!

Ja, es würde gelingen. Nur wenige Wochen waren nötig. Dann trat er vor sie hin und sagte: So. Dies habe ich getan. Dies zu tun, zwanzig zu mich. Es ist gelungen. Hier ist der Erfolg. Nimm zurück, was dir gehört, laß uns in Frieden scheiden!

Er hatte ein so maßloses Verlangen nach Frieden, nach Frieden mit ihr, mit seiner Frau, mit allen seinen Feinden, — mit der ganzen Welt!

Und allen denen, die Ursache hatten, ihn zu hassen, wollte er zeigen, wie sehr sie ihn verkannt hatten. Gutes wollte er ihnen tun. So viel Gutes. Alles — —

Fortsetzung folgt



**Befestigung einer weiteren Teuerungszulage zu beraten.** Es wurde dabei vereinbart, daß den Gehilfen vom 1. Dezember ab allgemein 15 Pfg. und vom 15. Februar 1919 ab in Städten oder Wohngebieten mit mehr als Hunderttausend Einwohnern weitere 15 Pfg. in allen übrigen Orten 10 Pfg. für jede gefällte Arbeitsstunde gewährt werden. Diese Erhöhungen können durch Vereinbarung der örtlichen Verbände unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse erhöht oder erniedrigt werden. Die zum Zustandekommen einer derartigen Vereinbarung nötigen die zentralen Abreden. Sollte die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem 1. April 1919 die Gewährung einer neuen Teuerungszulage erforderlich erscheinen lassen, so kann das Reichsarbeitsamt auf Antrag eines der beteiligten Verbände Verhandlungen darüber herbeiführen. Auf die vom 1. Dezember ab zu zahlende Teuerungszulage von 15 Pfg. werden bereits bemittelte Sonderzulagen insoweit angerechnet, als sie vor dem 1. September vereinbart worden sind. Gleichzeitig wird der bestehende Reichstarifvertrag nicht allen ergänzenden abnehmen und örtlichen Vereinbarungen bis zum 15. Februar 1919 verlängert. Die Parteien sollen sich bis zum 25. November über die Annahme des Verhandlungsergebnisses erklären. Wird ihm, wie angenommen werden kann, beiderseits zugestimmt, so tritt damit im Reichsarbeitsamt die vierte allgemeine Teuerungszulage während des Krieges in Kraft.

**Mitgliederbewegung im Schuhmacherverbande während des Krieges.** Der Schuhmacherverband hatte bei Kriegsausbruch 35.207 Mitglieder und 8.315 weibliche, aufgenommen 48.520 Mitglieder. Im letzten Quartal 1918 betrug die Mitgliederzahl 11.034 männliche und 11.200 weibliche Mitglieder, zusammen 22.234. Der tiefste Stand während des Krieges ist um 5500 Mitglieder überschritten. Im Herbst 1918 stiegen gegenwärtig noch 16.600 Verbandsmitglieder. Reist man sie zum letzten Mitgliederstand hinzu, so hat der Krieg dem Schuhmacherverband einen Gesamtverlust von 1600 Mitgliedern gebracht, der im neuen Deutschland wohl rasch ausgewetzt werden wird.

**Den Geldpost-Beziehern des „Lübecker Volksboten“ müssen wir leider die Mitteilung machen, daß wir ihnen den „Volksboten“ nicht mehr senden können, da die Post bekannt macht, daß Post- und Bahnsperrre die Verendung unmöglich mache. Den Geldpost-Beziehern aber, die im Inlande wohnen, wird die Geldpostausgabe auch fernerhin zugestellt werden. Die Frauen, die bisher in Briefumschlägen ihren Männern den „Volksboten“ zusandten, seien auf die Mitteilung der Postverwaltung besonders hingewiesen.**

**Aus Nah und Fern.**

**Unrechtlich erschossen.** Zwei Russen drangen in Berlin in das Gemüschgeschäft von Marie Deise an der Michaelikirchbrücke 2. Sie überfielen die Frau, fesselten sie, warfen sie zu Boden und raubten ihr die Privatkasse mit 8000 Mark. Als die Ueberraschung um sich rief, erschossen sie die Kasse. Es gelang, den einen festzunehmen während der andere entkam. Der Verhaftete leistete ein Geständnis ab und wurde auf einem Hofe des Polizeiregiments erschossen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung.  
Verleger: Th. Schwark, Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

**Druckfachen** jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“, Johannisstr. 46

**Mobilmachung des Metalls der Einrichtungsgegenstände.**

(Siehe Korpsverordnung vom 26. März 1918 nebst Ausführungsbestimmungen, Lübecker Anzeigen Nr. 431.)  
Im Einvernehmen mit dem Soldaten- und Arbeiterrat wird die Einforderung der enteigneten Gegenstände einseitig einseitig. Die besonderen schriftlichen Aufforderungen werden hiermit zurückerlassen.  
Lübeck, den 14. November 1918. (5654)  
Das Polizeiamt.

**Bekanntmachung.**

Der Abschnitt 7 der Fischkarte tritt mit dem 14. November d. J. in Kraft. Der Abschnitt 6 bleibt bis auf weiteres noch gültig.  
Lübeck, den 14. November 1918. (5658)  
Das Polizeiamt.

**Lübecker Straßenbahn.**

Infolge der wiederum eingetretenen Kohlennot sind wir im Einvernehmen mit dem Arbeiterrat und der Ueberlandzentrale gezwungen, ab 15. ds. Mts. auf sämtlichen Stadtlinien den Betrieb erheblich einzuschränken.  
Die Wagen verkehren bis auf weiteres von morgens bis abends 8 Uhr in beiden Fahrrichtungen alle 20 Minuten.  
Theater- und Bahnhof-Spätwagen kommen in Fortfall. Dagegen bleiben die Arbeiterwagen in bisheriger Weise in Betrieb.  
Der Fahrplan wird baldigst veröffentlicht.  
Lübeck, den 14. November 1918. (5660)

**Lübecker Straßenbahn.**

Sämtliche von uns an Militärpersonen aller Grade ausgehender Fahrkarten, welche nicht vom Soldaten- und Arbeiterrat beantragt sind, verlieren vom 16. ds. Mts. an ihre Gültigkeit und sind sofort an unser Verwaltungsbureau zurückzugeben.  
Lübeck, den 14. November 1918. (5661)

**Dankagung.**  
Herzlichen Dank für die Teilnahme b. d. Beerdigung meines geliebten Mannes u. meiner Kinder guten Waters, besond. seinen Mitarbeitern vom Drägerwerk (Schlosserei) u. Herrn Hauptwachtmeister für seine tröstliche Worte. Seine Gattin Anna Schnoor und Kinder.  
(5663)

**N. V.**  
Kleine, mittlere und große Wohnungen gesucht für sofort. 1. Januar und 1. April.  
Schriftliche Angebote mit allen Einzelheiten, ob Gas, Elektrisch, Bad etc., sowie Preisangabe erbeten an die  
5668  
Nordische Verkehrs-Centrale, Volkert's Reisebureau, Intertrose 109.  
Ein kl. Sammeltuch zu verkaufen. (5655)  
Elmwigstr. 29 a, p.

**Himbeer-„Goliath“**  
Beste ertrag. Sorte, Rhabarber- und schwarze Johannisbeerpflanzen hat zu Verkauf. (5658)  
H. Lange, Mori.

**Deutscher Transportarbeiterverband**  
Verwaltungsstelle Lübeck.  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß die Kollegen  
**Joach. Oldenburg**  
Arbeiter  
**Helmuth Schnoor**  
Lohnarbeiter  
hieram Ostersonntag verstorben sind. Wir werden denselben ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Beisetzungen sind schon erfolgt. (5670)  
Der Vorstand.

Nach kurzem, schwerem Leiden, entfiel Donnerstags früh 8 Uhr sanft und ruhig in seinem 15. Lebensjahre mein lieber hoffnungsvoller Sohn, unter lieber Bruder, Nefte und Enkel  
**Ludwig Scheefe.**  
In tiefer Trauer  
**Ludwig Scheefe**  
Schwehern und alle Verwandten. (5678)  
Lübeck, Dornestr. 24.  
Beerdigung Montag, Beginn der Trauerfeier 2 1/2 Uhr in der Kapelle des Vorwerk Friedhofes.

Nach kurzem Leiden folgte auch mein kleiner Sohn  
**Karl**  
im Alter von 5 Monaten seiner Mutter in die Ewigkeit. Tief betrauert von den Seinen. (5664)  
**Heinrich Lindemann**  
zurzeit Leza:ett. u. Familie.  
Beerdigung Montag 3 Uhr auf d. Vorwerk Friedhof.

**Welt Herr Parterre-Zimmer,**  
einfach u. öbl., z. l. Dez. Anz. m. Verleug. u. F 15. (5677)  
Ein kleiner Lederstoffsessel mit braunem Stoffüberzug und Adresse Wittwoch nachm. 1/2 5 Uhr auf dem Bahnhofplatz oder in der elektrischen Bahn Linie 4 neben geliebten. Der eheliche Bruder oder derjenige, der Auskunft über den Verbleib des Bekleideten geben kann, erhält hohe Belohnung. (5681)  
Herbertstraße 11.

**J. H. Pein**  
Am Markt 12.  
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erstklassige  
:: Manufakturwaren ::  
Spezialhaus für Betten  
Bettfedern u. Daunendunen  
Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

**Haltbare Hosenträger**  
**Aug. Janssch**  
Sandstraße 6. (5632)

**HOLSTENHAUS**  
G. m. b. H. Holstenstr. 25-33 Lübeck

Freitag und Sonnabend  
**Zwei Sondertage**  
für Porzellan und Steingut

Kuchenteller . . . . . 96,5 65	Porz. Bratenplatten . . . 1,65 1,10
Kaffeekannen Porzellan . . . 95,5	Fischplatten . . . 65 cm lang 2,65
Teekannen . . . . . 95	Frühstücksp'atten . . . 1,20 65,5
Milchtöpfe . . . . . 45,5 35,5 25	Aufschnittplatten . . . 1,25 95,5
Zuckerdosens . . . . . 65,5	Gemüsetonnen . . . . . 95,5 45,5
6 Milchtöpfe m. Satz . . . . . 7 50	Essig- und Oelkrüge 75,5 55,5
Marmeladentöpfe . . . . . 65	Salz- und Mehlfässer . . . 1,45
Untertassen . . . . . 15	Waschschalen . . . . . 1,25 95,5
Kuchenkörbe . . . . . 95,5	Wasserkannen . . . . . 1,25 95,5
Kaffeebeker . . . . . 35,5 25	Nachtgeschirre . . . . . 75,5
Fischkasten . . . . . 1,45 95	Aschbecher . . . . . 95,5 45,5

Ed-Service • Kaffee-Service • Tonnen-Garnituren • Wasch-Garnituren

Für diesen Verkauf stellen wir **Haushalts-Geschirre** weil teils leicht beschädigt, im Preise zurückgesetzt **sehr billig zum Verkauf**

**Konsumverein für Lübeck und Umg.**  
z. G. m. b. H.  
In allen Abgabestellen vorrätig:  
**Weißkohl**  
das Pfund 7 Pfg. (5662)

An die **Mitglieder der Hansa-Meierei und die Genossenschaft für Milchverwertung.**  
Der Waffenstillstand hat begonnen und der Frieden ist nicht in naher Aussicht. Nur noch kurze Zeit durchhalten und die Verhältnisse werden schon anfangen sich zu bessern.  
Es ist nun aber Aufgabe eines jeden Deutschen nach Möglichkeit dazu beizutragen, daß auch dies letzte Ende, das nur noch noch Monaten zählen kann, von uns überstanden wird.  
Vor allem handelt es sich um die notwendigen Lebensmittel, daß diese in genügender Menge für die Bevölkerung beschafft werden. Dazu gehört auch besonders die Milch mit ihren Produkten.  
Wir wenden uns darum hiermit an unsere sämtlichen Genossenschaftler und Genossen mit der besonderen Bitte und dem dringenden Ersuchen, sofort jedes Liter Milch, was sich nur irgendwie erbringen läßt, abzuliefern für die Ernährung der künftigen Bevölkerung, damit die Hungerzustände, die unter allen Umständen nach Möglichkeit zu vermeiden sind, nicht eintreten. Liefert ab, was irgend abgefordert werden kann, denkt an eure Mitmenschen.  
**Hansa-Meierei**  
G. m. b. H.  
**Genossenschaft für Milchverwertung**  
z. G. m. b. H.  
Der Vorsitzende  
F. C. Lauenstein

**Nationalfeier.**  
Aus Anlaß der Beendigung des Weltkrieges:  
**Grosse Bälle**  
in der Stadthalle. Beginn: Abends 5 Uhr.  
Sonntag, den 17. November 1918 für II. Ers.-M.-G.-Komp.  
" " 24. " 1918 " Inf.-Regt. 162  
" " 2. Dezember 1918 " " " 84  
" " 9. " 1918 " Ldst.-Batt. IX/33  
" " 16. " 1918 " Flieger-Abteilung Blankensee.  
Angehörige der betreffenden Formationen haben für den jeweiligen an-gegebenen Abend  
**freien Eintritt.**  
Für Militärpersonen anderer Formationen Eintritt M 0,50  
Zivilpersonen " " 1,00  
Etwas Ueberschuß wird für **die Weihnachtsfeier** verwendet.  
**Soldaten- und Arbeiterrat.**  
I. A.: Hans Zeitz.  
(5659)

**Abt. 3. - W. Faust**  
Albert Schütt, Lübeck, (5651)  
Rönigstr. 62, part.

**Hansa-Theater.**  
Sonnabend abend 7 Uhr  
**Hanni geht tanzen.**  
Sonntag nachmittags 3 Uhr  
**Schneewittchen.**  
Märchen von C. A. Görner.  
Sonntag abends 7 Uhr  
**Die tolle Komteß.**

**Stadtheater Lübeck.**  
Spielzeit 1918/19.  
5657  
Freitag, den 15. November  
Anfang 7 Uhr.  
**Waffenschmied**  
Kornische Oper von Lotzing.  
7. Vorstellung im Freitag-Ab.  
Sonnabend, den 16. November  
**Rose von Stambul.**  
Sonntag, den 17. November  
Vormittagsvorstellung  
**Frank Wedekind.**  
Anfang 11 Uhr.  
Nachmittags 3 Uhr.  
**Im weißen Rößl.**  
Kleine Preise.  
Abends 7 Uhr  
**Martha.**  
Dienstag, den 19. November  
**Fidelio.**  
8. Vorstellung im Dienstag-Abonnement.

**Bekanntmachung.**  
Jede Hausfrau kann Sauerkohl selbst einlegen. Empfehle fein geschnittenen (5649)  
**Weißkohl Pfd. 16 Pfg.**  
**Prima Sauerkohl Pfd. 30 Pfg.**  
**Karl Wunderlich, Fünthausen 16, Tel. 831.**

**Zigarren! billiger!**  
vom überfeinsten norm. Racon! 100 Stk 4,50 58 M. u. m.  
Stk 50 4,50 4,50 4,50 5,80  
Zigarillos (kleine Racon) 100 Stk 20 4,25 4,25  
**G. Grundmann, Schüsselbuden 32.**